

Bezugspreis monatl. Blatt
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren

ins Ausland 6 Blatt
in deutscher Währ. 5 R. M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel. Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Polen.

mit illustrierter Beilage: "Die Zeit im Bild".

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Pettitzelle (88 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen
Sonderblatt 50% mehr. Reklamebeiträge (90 mm breit) 135 gr.Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Rücktrittsgesuch des Ministers Thugutt.

Die eingereichte Demission. — Der Gegensatz zwischen Rechts und Links. — Herr Stanislaus Grabski soll Kultusminister werden? — Die Stellung zu den Minderheiten. — Zwei Tage Bedenkzeit.

Gefahr für das Gesamtkabinett.

Warschau, den 15. März. (Morgenblätter.) Wie jüeben die Morgenzeitungen melden, hat der Vizepremier, Herr Minister Thugutt, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Herr Thugutt hat zwar angegeben, daß dieser Rücktritt aus Gesundheitsrücksichten geschehe, es wird jedoch gemeldet, daß der Rücktritt deshalb erfolgen soll, weil Herr Stanislaus Grabski (der das Konsortium mit dem Apostolischen Stuhl abgeschlossen hat) zum Kultusminister ernannt werden soll. Stanislaus Grabski ist der Bruder des Ministerpräsidenten und er gehört der radikalen Rechten an. Da Herr Thugutt mit Herrn Ratajski, Herrn Smolksi nicht konform geht, sträubt er sich, nach einem anderen Mann der Rechten neben sich zu sehen. Der Ministerpräsident hat sich zwei Tage Bedenkzeit erbeten. Es besteht beim Rücktritt Thugutts eine Gefahr für das Gesamtkabinett, darum ist anzunehmen, daß die Bestätigung des Rücktritts nicht erfolgt und daß Herr Stanislaus Grabski nicht in das Konsortium kommt.

Geht Herr Thugutt?

(Von unserem Warschauer Berichterstatter)

Ganz plötzlich hat Herr Thugutt seine Demission eingereicht. Wie jeder Staatsmann hat er zunächst einmal dieses Verfahren mit seinem Gesundheitszustand begründet, der allerdings nicht der günstigste ist, aber eigentlich sich auch nicht schlimm repräsentiert, als in jenen Novemberberichten, als er sich gefunden fühlte, die eigentlich Würde eines polnischen Ministeriums anzurechnen. Herr Thugutt hat auch nicht gezögert, die eigentliche Ursache seiner tiefen Verstimming anzugeben. Es ist der Gegensatz mit dem Innenminister Ratajski und seinem Vizeminister Smolksi auf der einen Seite, zwei Herren aus dem Lager der Rechten, von denen ihn sein eigenes linksgerichtetes Parteipräsidium scheidet.

Dann aber ist es die Aussicht, daß der Bruder des Herrn Grabski, der nun jüeben das Konsortium zweifelsicher Gute mit dem Apostolischen Stuhl abgeschlossen hat, zum Danke hierfür, die Würde eines Kultusministers erhält, und daß somit der Einfluß der Rechten auf das Kabinett noch mehr, als dies bisher der Fall ist, verstärkt werde. Zunächst zeigt sich der Gegensatz zwischen den Rechten und Herrn Thugutt in der Auffassung der Lage in den Ostprovinzen. Die Rechte hat die Absicht, im gegenüberliegenden Osten die "ruhe herzustellen", indem sie den Ausnahmestand in den ukrainischen und russischen Provinzen wäre nämlich das beste Mittel, um die schlimmen und den Bruch zu bringen. Herr Thugutt ist flug genug, das einzusehen. Er seinerseits hofft mit allerhand unschuldigen Salben, wie zum Beispiel den von Ukrainer und Weißrussen mit großer Entrüstung als Scheintreform zurükgewiesenen Sprachengesetzen für den Osten, der Durchführung von Parzellierungen im Osten und ähnlichem, die erregten Geister der Ukrainer und Weißrussen beruhigen zu können. Herr Thugutt zeigt selbstverständlich mit diesem Verhalten mehr Einsicht, wie die ganz und gar von allen guten Geistern verlassene Rechte. Wie er aber eigentlich den Minderheiten gegenüber denkt, zeigt sich aus seinem Verhalten den deutschen Minderheiten gegenüber, das ein regelrechter Hass befeilt, der es Herrn Thugutt während seiner Tätigkeit als Führer der "Wähzwolanie" auch kein einziges Mal möglich gemacht hat, für einen noch so gerechten Antrag der Deutschen die Stimmen seines Klubes, dem er damals noch angehört, abgeben zu lassen. Herr Thugutt hat also nun sein Reformwerk im Osten begonnen. Er hat anläßlich der Erneuerung der polnischen Staatsbürgerschaft die schlimmsten Schikanen abzustellen versucht, er hat einige kleinen Änderungen in dem geradezu standalösen Rechtsverfahren begonnen, das die dortigen Beamten anzuwenden beliebten, und er hat auch Schritte getan, um die erwähnten unzulänglichen Sprachgesetze zur Einführung zu bringen. Aber auch Herr Thugutt ist nicht der Mann, der dieses polnische Irland verschonen könnte. Hierzu müßte man den Mut haben, diesen Provinzen eine weitgehende Autonomie zu geben. Aber ebenso wenig wie sich die Engländer Jahrzehntelang nicht zu einschneidenden Reformen Irland gegenüber entschließen konnten, bis sie endlich viel weiter gehen mußten, als es ursprünglich nötig war, ebenso wenig ist Herr Thugutt und ein anderer Pole seiner Oberbung in der feindseligen Lage, begreifen zu können, wie weit Polen in seinem Entgegenkommen zu gehen hat, um die polenfeindliche, von russischer Agitation unterwühlte Stimmung in diesen gefährdeten Landesteilen für Polen sichern zu können. Wenn Polen sich heute ein wenig künftlich aufregt, weil angeblich die Westgrenzen seines Gebietes von dem heute doch absolut ohnmächtigen Deutschland bedroht seien, so nimmt sich das geradezu lächerlich aus gegenüber der von Polen im intimen Kreise ohne weiteres in ihrer ganzen Fülle zugestandenen Gefahr, die die Ostprovinzen Polens von russischer Seite aus immerfort bedroht. Herr Thugutt ist, wie man wohl annehmen kann, nicht im unklaren über diese Gefahr. Aber er ist auch verzerrt. Er hat, und mit vollem Rechte, das Rundschreiben

Herr Thugutt über seinen Rücktritt.

Im Zusammenhang mit Thugutts Rücktrittsgesuch verbreiteten sich Gerüchte, daß sich der Arbeitsminister Sokołowski im Kreise von Freunden vor einigen Tagen gefaßt haben soll, daß er im Falle des Rücktritts des Vizepremiers zurücktreten werde, da er es nicht für möglich halte, in einer hervortreffend rechtsstehenden Regierung allein zu bleiben. Der Vizepremier erklärte Journalisten gegenüber über die Begründung seines Rücktritts folgendes: "Der erste hindreichende Grund ist mein böser Gesundheitszustand. Genau genommen, ist es noch etwas mehr. Seit längerem wird von Seiten der Rechten verlangt, den Bruder des Premiers, den Mr. Stanislaw Grabski, ins Kabinett einzuführen. In der Tat kann ich diesem Kandidaten hohe sachliche und ethische Eignungen, die ihn zur Übernahme des Kultusministerpostens berechtigen, nicht absprechen, und was die politischen Unterschiede betrifft, so haben wir schon einmal in den Sprachen gezeigt zu einem Kompromiß zu gelangen vermocht, das ich trotz aller Vorwürfe als für die schwierige Nationalitätenfrage in Polen nützlich erachtete und bis auf den heutigen Tag erachtete. Deshalb war ich schon im Juli des vorigen Jahres bereit, wohl für diese Zeit zur Durchführung gewisser konkreter Pläne die Mitarbeit Stanislaw Grabskis aufzunehmen. Das hielt ich für einen Kompromiß, aber dieses Kompromiß schien mit bei unseren Sejm- und politischen Verhältnissen unabwendbar, wenn man die Angelegenheit auch nur einen Millimeter vorwärts rücken wollte. Natürlich wäre eine notwendige und wesentliche Bedingung der Zusammenarbeit für beide Seiten der Vorbehalt der Möglichkeit eines reellen Einflusses auf den Lauf der Geschäfte. Leider haben die Vorschläge der Rechten der letzten Tage die Zusammenarbeit recht sonderlich verändert, und zwar: Herr Stanislaw Grabski sollte das Kultusressort übernehmen, indem er mir den sehr ehren, aber wenig inhaltsvollen Posten des Vertreters des Premier überließ. Dieser Vorschlag schien mir nicht möglich. Die Erfahrung der vier Monate meiner Anwesenheit in der Regierung hat mich leider gelehrt, daß meine hohe Würde die Schwäden und Mühskeiten nicht verhindern konnte, die auf dem Terrain der östlichen Wojewodschaften statt hatten und die Lage in den Ostmarken statt zu verbessern, verschärfte. Die Sanierung unserer Ostmarkenverhältnisse verstand ich als eine Reihe führer Jüge in der Agrat, der Kultus- und der strengen Verwaltungspolitik. In jeder dieser drei Richtungen ist man, wenn man keinen direkten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte hat, nicht sicher vor verdeckten und empfindlichen Überraschungen. Zusammengefaßt, gleicht die mit von der Rechten angebotene Würde des Vizepremiers der Übergabe von Bügeln eines unbespannten Wagens. Wenn darauf die Zusammenarbeit beruhen soll, zu der unsere Rechte seit einigen Jahren so warm auftrifft, so muß man zugeben, daß das eine für sie sehr bequeme Antwort ist, die aber ein Mann, der seine Taten verantworten will und begreift, was Verantwortung heißt, nicht ernst behandeln kann. Die Regierung Władysław Grabskis halte ich für tatsächlich sanierend auf polnischem Gebiete. Ich will ihr alle Schwierigkeiten und Verwicklungen ersparen und reiche deshalb mein Rücktrittsgesuch ein, indem ich zum Stande vom November vorigen Jahres, d. h. dem Augenblick meines Eintritts in die Regierung zurückkehre. Wenn darüber irgend welche Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen, dann muß die Verantwortung dafür auf die Autoren einer so sonderlich aufgefahrteten Zusammenarbeit fallen.

Auf die Frage, ob der Vizepremier die Zeit der Mitarbeit im Kabinett Władysław Grabskis als verloren betrachtet, lautete die Antwort: Nicht ganz. In gewissen Angelegenheiten gelang es mir, einige Dinge durchzubringen, denen ich eine gewisse Bedeutung aufzuerhebe. Es ist dies eine ganze Reihe von Einrichtungen, die die Frage des Wiederaufbaus in den Ostmarken voraussichtlich bringen, eine ganz neue Fassung der Frage der Bürgerschaft in den Landgemeinden und die Beseitigung gewisser Blüten aus Zugangsverordnungen und die Sprachgesetze. Es scheint mir, daß diese, wenn auch bescheidene Aktion, eine gewisse Entspannung auf dem Gebiete der östlichen Wojewodschaften und im Sejm herbeiführen. Leider muß ich bestimmen, daß dies unzureichend ist. Aber unter den Arbeitsbedingungen, die bestanden, weiß ich nicht, ob man mehr tun konnte, namentlich da der Einfluß auf die Umgestaltung der Verwaltung natürlich einem anderen (Ratajski) gehörte."

Nach dem Konsortium.

Nachdem das Konsortium mit dem Patriarchen zustande gekommen ist, wird auch die Ordnung des rechtlichen Verhältnisses der anderen christlichen Kirchen in Polen zur Staatsregierung nicht mehr lange auf sich warten lassen. In den Kreisen der unierten evangelischen Kirche wird damit ein langgehegter Wunsch in Erfüllung gehen. Die Sachen kann auch nicht weiter hinausgeschoben werden, da sich mehr und mehr herausstellt, daß der gegenwärtige Zustand ungünstige Schädigungen im Gefolge hat. In der polnischen Öffentlichkeit ist man seit langem bemüht, die gegenwärtige Lage der unierten evangelischen Kirche als ungeordnet (nieuregulowany) hinzustellen, um daraus allerlei ungünstige Folgerungen für sie zu ziehen. Daß man die Ursache für die Vergängung der Neuordnung bei der unierten evangelischen Kirche sucht, ist nicht weiter zu verwundern, da es für gewisse Kreise von vornherein feststeht und immer wieder festgestellt werden muß — schon um die öffentliche Meinung in die gewünschten Weise zu erregen —, daß die evangelische Kirche staatsfeindlich ist. Während des Liquidationsverfahrens bezüglich des Paulinums ist den evangelischen Vertretern, welche auf dem Liquidationsamt vorstanden, erwidert worden, daß die unierte evangelische Kirche und die ihr angeschlossenen Verbände für einen Erwerb des Paulinums aus der Hand des Staates nicht in Frage kämen, weil ihr Verhältnis zum Staat nicht geordnet sei!

Es hat wenig Zweck, gegen solche Ausschreibungen zu eisen, in welchen im Grunde nur der politische Geisteszustand zutage tritt. Die Art. 114 Absatz 2 und 115 Absatz 2 der Verfassung sehen für alle christlichen Kirchen, auch die katholische, eine Neuordnung des Verhältnisses zur Staatsregierung vor. Bis diese eingetreten ist, ist es überall bei den Rechtsbestimmungen aus alter Zeit geblieben, für alle Kirchen in den verschiedenen Teilen des Staatsgebietes, nicht nur für die katholische, sondern ebenso für die orthodoxe und für jede einzelne evangelische. Ein Ex lex-Zustand ist für keine Religionsgemeinschaft eingetreten. Aber das hat für unsere politischen Gegner allerdings wenig zu bedeuten.

Der Grund, weshalb es bisher für keine christliche Kirchengemeinschaft zu einer Ordnung im Sinne der Verfassung gekommen ist, ist offensichtlich der, daß man staatlicherseits erst das Ergebnis der Verhandlungen mit der Kurie abwarten wollte. Planmäßig hat man diese zunächst zu Ende geführt und wird voraussichtlich nun auf Grund der Einzelergebnisse, welche in den Verhandlungen mit der katholischen Kirche, als der bedeutsamsten Kirchengemeinschaft innerhalb des Staatsgebietes, gewonnen worden sind, an eine entsprechende Regelung für die anderen Kirchen (unierte evangelische, augsburgische in Warschau, orthodoxe, kleinpolnische A. und H. B.) gehen. Daß dies für die nicht katholischen Kirchen gute Aussichten eröffnet, wird man bei dem Inhalt der Konsortialbestimmungen nicht gerade behaupten können. Es ist immerhin wichtig, festzustellen, daß man in früheren Jahren nicht die Absicht hatte, die Verhandlungen mit der katholischen Kirche abzuarbeiten, daß vielmehr schon wiederholt Bemühungen angestellt worden sind, um zu einer Ordnung der Beziehungen von Staat und Kirche zu gelangen, und es ist nicht uninteressant, sich diese Ereignisse zu vergegenwärtigen, jetzt, wo man voransichtlich bald vor endgültigen Verhandlungen steht.

Zuerst war es der bekannte Gesetzentwurf Nader, der von der hauptsächlich katholischen Arbeiterpartei eingereicht, im augsburgischen Konsistorium in Warschau ausgearbeitet, eine gleichmäßige Ordnung für alle evangelischen Kirchen anstrebt. Man wird hier nicht vergessen, daß in den Warschauer Besprechungen ein evangelisch-polnischer Führer von dem Entwurf Nader sprach, er halte es für selbstverständlich, daß alle staatlichkirchlichen Gedanken aus ihm entfernt werden müssen. Die evangelisch-unierte Kirchenleitung, n. B. auch die Landessynode, hat diesem Entwurf gegenüber stets eine ablehnende Stellung eingenommen. In der Kongresspolnischen augsburgischen Kirche ist er dagegen die Grundlage für die synodalen Verhandlungen geblieben und hat dort nach vielfacher Umarbeitung eine wesentlich andere Gestalt erhalten, in welcher er schließlich der Staatsregierung als Vorlage unterbreitet worden ist. Als die Abgeordneten der evangelischen Kirchen Anfang 1921 vor dem damaligen Verfassungsausschuß des Sejm amtiell angehört wurden, erklärte der inzwischen verstorbenen Abgeordnete Łotockowski, daß der Gesetzentwurf Nader gegen die Freiheit der Kirche und gegen die Tradition des polnischen Staates sei und daher nicht als Unterlage für die weiteren Verhandlungen dienen könnte. Die evangelischen Kirchen sind damals aufgesordert worden, eigene Entwürfe einzurichten. Der Abgeordnete Łotockowski selbst hat auch einen Entwurf hergestellt, der viel Aufsehen erregt hat. Man kennt ihn zur Genüge. Er entwürdigte die evangelischen Kirchen zu einer Art von genossenschaftlichen Verbänden, die registriert werden und als registrierte Verbände eine gewisse Anerkennung finden sollten. Das Gesetz war eine Erinnerung an die Zeiten der Verfolgung (17. und 18. Jahrhundert), wo das evangelische Bekenntnis es nicht wagen durfte und sollte, sich neben dem katholischen als gleichberechtigt zu zeigen. Auch nach dem Inkrafttreten der Verfassung ist dieser Entwurf vor

Eine Erklärung des sozialistischen Abg. Liebermann

Eine falsch ausgelegte Rede in der Außenkommission. — Eine Unterredung mit dem Abgeordneten Panckraz. — Es ist kein Frontwechsel nötig.

der nationalen Rechten in der Kommission wiederholt hervorgeholt worden.

Tatsächlich aber haben die Art. 114, 115 der Verfassungskunde die Entwicklung doch in andere Geleise gebracht. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich die unevangelische Kircheleitung nach der Annahme der Verfassung im April 1921 an das zuständige Ministerium mit der Anfrage gewendet, an welche Stelle sie sich im Sinne von Art. 115 Absatz 2 zu wenden habe. Das Ministerium hat sich im Oktober v. J. selber als zuständig bezeichnet. Auf der ersten Landessynode, welche in den Tagen vom 29. November bis Anfang Dezember 1921 getagt hat, ist die ganze Sache dann eingehend beraten und unter anderem der wichtige Beschluss gefasst worden, die Ausarbeitung einer Verfassung in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke einen Ausschuss einzuziehen. Zugleich erhielt das Konsistorium, welches die Verhandlungen mit der Staatsregierung zu führen hatte, den Auftrag, vor endgültiger Ordnung die Zustimmung der Synode einzuholen.

Im März 1922 ist es dann zu sehr interessanten und bedeutsamen mündlichen Verhandlungen in Warschau gekommen. Es war in der Zeit, als es nach langwierigen Bemühungen gelungen war, zu einem Ausgleich für Oberschlesien zu gelangen, und man hoffte, daß es in gleicher Weise auch für die evangelische Kirche in Posen und Pommerellen gelingen müsse. In Warschau haben zwei Vertrauensmänner der Staatsregierung und drei Abgeordnete der evangelischen Kirche in zweitägiger Beratung den ganzen Fragenkomplex zum ersten — und letzten — Male gründlich durchgesprochen und sind dabei, abgesehen von unbedeutenden Einschränkungen, in allen Hauptfragen zu einer Verständigung gekommen. Auf der Grundlage dieser Besprechungen ist kirchlicherseits im Mai 1922 eine Vorlage an die Staatsregierung abgegangen, in der damals sicher erscheinende Hoffnung, daß man vor der endgültigen Erledigung wichtiger Angelegenheiten stehe. Wenn aus alledem nichts geworden ist, so kann die Schuld daran nicht in der unierten Kirche und nicht bei ihren leitenden Männern gesucht werden. Bei ihr hatte sich nichts geändert, in den politischen Verhältnissen aber anscheinend viel. Auf alle Fälle kann die evangelische Kirche nach wie vor zu ihren Gunsten buchen, daß sie damals nicht nur von den redlichsten Absichten erfüllt gewesen ist, sondern daß es damals ihren Abgeordneten, an deren Spitze Generalsuperintendent D. Blau gestanden hat, gelungen ist, mit den Vertrauensmännern der Staatsregierung zu einer Verständigung zu gelangen. Das Ergebnis jener Beratung ist übrigens auch dem stellvertretenden Herrn Kultusminister vorgetragen worden. Auch von seiner Seite ist unter Anerkennung der kirchlichen Lebensnotwendigkeiten Wohlwollen zugesichert worden. — Erst der Herr Ministerpräsident Sikorski hat mit seiner bekannten Ansprache hier im Posener Rathaus die Illusionen zerstört, welche sich in jener Zeit die evangelisch-kirchlichen Kreise hingaben hatten. Das war im April 1923, ohne daß sich in der Zwischenzeit irgend etwas zugetragen hätte, was diese Wendung erklärlieb machen konnte. Ende 1923 hat die zweite evangelische Landesynode den Entwurf einer Verfassung festgestellt in der Absicht, ihn der Staatsregierung vorzulegen. Von dieser ist jedoch in bestimmster Weise erklärt worden, daß die Staatsregierung keine Verfassungsvorlage aus der Hand dieser — vom Staat rechtlich nicht anerkannten — Synode entgegennehmen werde, und daß es zunächst der Einberufung einer konstituierenden Synode bedürfe. Auch diesem Wunsche ist kirchlicherseits entsprochen worden. Die Staatsregierung weiß, daß die evangelische Kirche jederzeit bereit und in der Lage ist, ihr den Entwurf einer Verfassung zu unterbreiten, und die Regierung befindet sich seit länger als Jahresfrist im Besitz eines ihr für den Eventualfall übergebenen Entwurfs für ein Gesetz bezüglich Einberufung einer konstituierenden Synode. Wenn trotzdem nichts geschehen ist, so ist die Ursache dafür, wie schon oben gesagt, nicht hier in Posen zu suchen. Es trifft sich gut, daß gerade in diesen Tagen eine öffentliche Kundgebung des Generalsuperintendenten Bursche bekannt geworden ist, in der es heißt (vergl. den "Zwiastrum Ew." Nr. 7 vom 15. Februar 1925): "Leider ist der vorgelegte Gesetzentwurf (gemeint ist die im Frühjahr 1923 in Warschau von der evangelischen Synode unseres Wissens einstimmig angenommene Verfassung) bisher nicht einmal näher betrachtet worden (nämlich auf staatlicher Seite), und es ist zweifelhaft, wann das geschehen wird". Also unsere evangelische Kirche in dem ehemals preußischen Abtretungsgebiet befindet sich dem Staat gegenüber genau in derselben Lage wie die evangelische Kirche Kongresspolens. Es würde nur der Gerechtigkeit entsprechen, wenn man dies anerkennen und die sich daraus ergebenden Folgerungen ziehen wollte. Das Verhältnis der unierten Kirche zum Staat ist genau so geordnet oder genau so ungeordnet, wie für die katholische und die sämtlichen anderen Kirchengemeinschaften innerhalb des Staatsgebietes. Und von ihrer Seite ist man genau so bemüht gewesen, zu einer Ordnung der Beziehungen zum Staat zu gelangen, wie von anderer Seite.

Polnische Petroleuminteressen in Slowenien

sek. Laibach, 11. März. In der Nähe von Unterdraburg befindet sich ein Unternehmen, das als "Drobovgradka rafinerija mineralnolja" handelsgerichtlich eingetragen ist und einem Herrn Goll gehört. Dieses Unternehmen führt schon seit Jahren in diesem kleinen Erdwinkel ein beschauliches Dasein und konnte nie so recht in Schwung kommen, weil für eine Mineralölraffinerie in Slowenien nicht das nötige Erdölvorkommen gegeben war. Nun geht auf einmal durch die Blätter die Meldung, daß es Herrn Goll gelungen ist, eine polnische Gruppe für sein Unternehmen zu interessieren. Die Petroleumgruppe, deren Spitze der Graf Lewakowski steht, sei in das Unternehmen eingetreten und übernehme die Modernisierung und Finanzierung der Raffinerie. Die polnische Gruppe, die in Polen überreiche Erdölvorkommen verfügt, ist durch den kommerziellen Leiter der polnischen Erdölfirma "Spółka akcyjna dla przemysłu naftowy i gazu ziemnego" in Lemberg im Verwaltungsrat vertreten. Die

Wir berichteten in der vorigen Woche kurz, daß der Abg. Liebermann, der Führer der polnischen sozialistischen Partei, in der Außenkommission eine Rede gehalten habe, die von der polnischen Rechtspreche ganz besonders stark bewundert worden ist. In dieser Rede soll der Abg. Liebermann gefragt haben, daß der größte Feind des polnischen Staates das deutsche Volk sei und daß von dieser Seite immer Gefahren drohen würden. Wir haben über diese Äußerung des Führers der P.P.S. unserer Bewunderung Ausdruck gegeben, und in dem gleichen Sinne verbreitete sich auch die übrige deutsche Presse in Polen. Daß die Rechtsparteien Polens diese Rede nur für ihre Zwecke auszuschlagen sich bemühen würden, war vorauszusehen, und man hat auch davon starke Gebrauch gemacht, um zu zeigen, daß selbst so "national zu beanstandende" Mitglieder des Sejm die deutsche Gefahr erkannt haben. Der deutsche Sejmabg. Panckraz, der der deutschen sozialistischen Partei in Polen angehört, hat sich nun zu dem Abg. Liebermann begeben und ihn wegen dieser seiner Rede befragt. Aus der Unterredung gehen sehr viele interessante Einzelheiten hervor, die doch den Standpunkt des Abg. Liebermanns ganz wesentlich anders darstellen, als er von der polnischen Rechtspreche mitgeteilt worden ist. Wir bringen die Auslassungen des Abg. Liebermann dem Abg. Panckraz gegenüber, die wir der "Weltzeitung" in Bromberg entnommen, ohne jedoch die polnischen Anmerkungen des Herrn Panckraz zu berücksichtigen oder zu erwidern. Es heißt in dem genannten Blatt:

"Von vornherein erkläre ich, daß meine Rede in der Sejmkommission für Auswärtige Angelegenheiten von der deutschen Rechtspreche (!) vollkommen entstellt widergegeben ist und daß man Teile derselben tendenziös aus dem ganzen Zusammenhang herausgerissen hat, um einen angeblichen Frontwechsel der polnischen sozialistischen Partei zu beweisen. Man hat hierbei gegen mich eine Methode befolgt, über die die Deutschen in Polen sich selbst beschweren und wie sie gerade die deutsche Presse und die deutschen Sejmabgeordneten zur Kenntnis erfähren haben, indem Teile ihrer Artikel bzw. Teile aus den Reden deutscher Sejmabgeordneten auf Berichterstattungsversammlungen — ich erinnere nur an das Auslieferungsverfahren gegen Sie wegen einer angeblichen Boykottrede gegen die Bank Polska — aus dem Zusammenhang herausgerissen und unter Anklage gestellt wurden. Ein Verfahren, durch das man alles beweisen und jeden Menschen anklagen kann."

Ich erkläre, daß es überhaupt ein Unsinn ist, von einem Frontwechsel meiner Partei zu sprechen. Wir kennen keine Front gegen irgend einen Staat oder ein Volk oder einen Nachbar. Wenn wir eine Front haben, dann ist es die Gemeinschaft mit der ganzen sozialistischen Internationalen gegen diejenigen, die den Frieden gefährden und eine Kriegsgefahr heraufbeschwören wollen. Wir kennen daher nur eine Front gegen die Kriegshäher, sei es gegen die in Polen oder im Auslande.

Wohl ist es wahr, daß wir unseren Kampf gegen das zaristische Russland richten, das wir als den grimmigsten Gegner des polnischen Volkes und der polnischen Sozialdemokraten betrachten; war doch der größte Teil Polens diesem Staat einverlebt. Unwahr ist es aber, daß wir nach dem Rigauer Friedensschluß eine spezielle antirussische Orientierung hatten. Schon während des russisch-polnischen Krieges waren wir diejenigen, die nach dem russischen Friedensangebot auf möglicheste Beschleunigung des Friedensschlusses und Herbeiführung des Friedens drängten. Mit welchen Schwierigkeiten uns deshalb unsere politischen Gegner überflütteten, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. Ich persönlich wurde besonders beschimpft und angegriffen. Nach dem Friedensschluß stellte sich unsere Partei auf den Grundsatz des guten Nachbarlichen Einverständnisses mit Russland; es ist infolgedessen unmöglich, daß wir einen Frontwechsel vorgenommen haben, da wir ja nach dem Friedensschluß gegen diesen Staat gar keine Front eingenommen hatten.

Es ist also eine Fälschung, wenn man uns einer neuen antideutschen Orientierung begichtigt. In der fraglichen Kommissionsitzung — es ist schade, daß über die Verhandlungen in den Kommissionen keine stenographischen Protokolle geführt werden, da ich so auf das einfachste widerlegen könnte — ergriff ich nach dem Abg. Rudzinski von der Wyzwolenie das Wort. Rudzinski hatte der Regierung Vorwürfe gemacht, daß sie nicht energisch genug gegen Russland vorgehe. Ich polemisierte mit dieser Auffassung und fragte meinen Vorrredner, welches Ergebnis er denn durch das Einschlagen einer schärferen Tonart zu erzielen wünsche. Eine schärfere Tonart, behauptete ich, gehöre immer zu einer gegenseitigen Gerechtigkeit, und gerechte Stimmen seien immer die größte Gefahr für

Kapazität des Unternehmens ist vorläufig mit 100 Waggons monatlich gedacht und soll bei Bedarf ge steigert werden. Der Stütz des Unternehmens, das sich hauptsächlich mit der Produktion von Maschinenöl und Benzin beschäftigt wird, wird in Laibach sein. Von dort aus plant man die Errichtung achtreicher Zweigstellen. Weil außer der Unterdraburger Petroleumraffinerie in Jugoslawien nur noch eine Fabrik in Brod an der Save besteht, diese aber ebenso wie die Unterdraburger auf die Einfuhr von Petroleum aus Rumänien und Polen angewiesen ist und deshalb nicht geheiht, eröffnen sich dem reorganisierten Unternehmen bessere Aussichten, weil es zur Deckung des jugoslawischen Bedarfs an Zylinderöl, Benzin- und Mineralöl herangezogen werden kann. Der Petroleumhandel wird auch in Zukunft heimischen Firmen, wie "Danica", "Standard Oil Comp." usw. überlassen bleiben.

Republik Polen.

Kleine Mitteilungen.

Am Sonntag traf Außenminister Strzyński in Paris zu einem mehrjährigen Aufenthalt ein.

Wie die polnische Telegraphenagentur aus London meldet am Sonntag in der Albertthalle in London ein Konzert Paderewski statt, das von Radioapparaten der ganzen Welt gehört wurde. Paderewski spielte 2 Sonaten von Beethoven, eine Reihe von Werken Chopins und die ungarische Rhapsodie von Liszt.

Die Warschauer Regierungskreise arbeiten einen Entwurf über ständige Etikettvorrichtungen für die Wojewoden und Starosten aus.

Die "Agencja Wschodnia" meldet aus Krakau: Die Militärmiliz, die die Ursachen des Brandes auf dem Flugplatz prüft, hält eine Konferenz mit dem Civil-Staatsanwalt im Zusammenhang mit der Verhaftung einiger Arbeiter ab.

Am morgigen Dienstag wird der Vorsitzende des Krakauer Militärgerichtshofes, wie die "Agencja Wschodnia" aus Krakau meldet, den im Zusammenhang mit den Vorfällen am 6. November 1923 angeklagten Offizieren die Anklageschrift zustellen. Es werden folgende Offiziere vorgeladen: General Czirk, Major Biernacki, Hauptmann Obdzinski, Oberleutnant Nowakowski und Oberleutnant Starski.

den Frieden. Wohl sei die Taktik der Bolschewisten überaus schwierig, allein man müsse Geduld haben und werde zu einem friedlichen modus vivendi mit der Sowjetrepublik gelangen. Das ist alles, was ich über die russische Orientierung gesagt habe. Ich befasse mich darauf mit der gesamten Außenpolitik, die Polens und warnte vor der Festlegung einer Politik, die ihre ganze Aufmerksamkeit einseitig auf Russland richte. Ich betonte, daß Polen auch anderseits Gefahren drohen. Ich verwies dabei nicht, wie von den deutschen Blättern behauptet wird, auf Deutschland als solches, sondern auf gewisse realistische und nationalistische Machenschaften. Wenn Herr Witkina ausruft, ob wir nicht wissen, daß der "wahre demokratische Gedanke in Deutschland bei den letzten Wahlen sich nicht nur voll behauptet, sondern sogar Erfolge errungen habe", so danke ich für diese Art Beherrschung und kann nur antworten, daß wir sehr wohl einen demokratischen, vor allem einen sozialistischen Wählerfolg in Deutschland konstatieren haben, daß aber die neue deutsche Regierung alles andere als eine dementsprechende Neubesetzung erfahren hat. Und diese Regierung steht unter realistisch-nationalistischem Einfluß, den nicht nur wir Sozialisten Polens, sondern auch die Sozialdemokratie Deutschlands als eine Gefahr ansehen. Und hiermit komme ich zu dem aktuellen Thema der Revision des Verfailler Vertrages und einer Regelung der Grenzen.

Unsere Partei hat seinerzeit im Juli 1919 gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrages gestimmt. Ich selbst war damals der Sprecher meiner Fraktion und wandte mich gegen das Fünfmännerkomitee (Bloch, George, Clemenceau, Wilson usw.), das in geheimen Beratungen über die Interessen und Grenzen der Völker und Staaten entschieden hatte. Nicht weniger betrachten wir aber das Auftreten einer Diskussion über die Revision dieses Vertrages bezüglich der Grenzen seitens der nationalistischen Elemente vom Standpunkt der Erhaltung des europäischen Friedens als sehr gefährlich und schädlich. Denn wenn er erst einmal — und noch dazu in der jetzigen Atmosphäre des Hasses und Haubnis — die Diskussion hierüber beginnt, so läßt sich nicht vorausschauen, wie sie enden wird, zumal wenn, wie es der Fall ist, die Nationalisten sich ihrer bemächtigen und wenn diese Elemente zur Macht gelangen. Wenn in der jetzigen Zeit der allgemeinen Gärung nicht einmal die Grenzen als etwas Bestimmtes und Festes angesehen werden sollen, so kann über Nacht der geringste Funke einen Brand erzeugen, dessen Folgen unübersehbar sind. Wichtiger wäre vom Standpunkt der Erhaltung des Friedens eine Diskussion über die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, eines Problems, das für uns nicht nur ein theoretisches, sondern auch ein praktisches Interesse besitzt. Aber die Realisierung dieses Problems muß flug vorbereitet werden, und hierzu muß die jetzt vorhandene Gerechtigkeit befeitigt werden. Dazu führt aber nicht die jetzige Diskussion über eine Revision der Grenzen, weswegen wir hiergegen Stellung nehmen müssen, zumal sich noch die Nationalisten und Kriegshäher ihrer bemächtigt haben.

Unsere Partei einer antideutschen Regierung zu zeihen, ist Unsinn; beluden wir doch Tag für Tag, sei es durch unsere Arbeit im Parlament, sei es außerparlamentarisch, daß wir vorurteilslos für ein gutes Einverständnis nicht nur mit dem deutschen Staat, sondern auch mit der in Polen lebenden deutschen Minderheit sind, für deren Gleichberechtigung wir als einzige polnische Partei — ähnlich wie die Sozialdemokratie Deutschlands für die dortige polnische Minderheit — jederzeit voll und ganz eingetreten sind.

Zur Danziger Briefstakenaffäre kann ich nur erklären, daß wir auch hier vollkommen im pacifistischen Sinne gearbeitet haben und daß nur böser Wille uns den Beginn unseres angeblichen Frontwechsels anlastig dieser Angelegenheit ansehen kann. Ich selbst war persönlich mit dem Gen. Abg. Zulawski in Danzig, um mit der dortigen Sozialdemokratie zu verhandeln, und habe auch bei dem Danziger Gegenbesuch in Warschau die Verhandlungen geleitet. Ich kann nur erklären, daß die verschiedenen Fragmentkomplexe von beiden Seiten eine irreführende und studio besprochen wurden. Welcher Lärm seitens der polnischen Nationalisten wegen dieser Versprechungen erhoben wurde, ist ein Kapitel für sich.

Was den polnisch-deutschen Handelsvertrag anbetrifft, so weilt von unserer Partei Gen. Abg. Diamant als Mitglied der polnischen Delegation in Berlin. Und sicherlich ist Abg. Diamant nicht dazu da, um die zwischen Deutschland und Polen bestehenden Gegensätze zu verschärfen und zu erweitern, sondern um sie zu überbrücken."

Die Beschlüsse der deutschen Landespartei in Süßlawien.

zek. Ugram, 11. März. Der deutsche Abgeordnetenklub in der Skupstytina hielt unter dem Vorsitz des wiederhergestellten Abg. Dr. Stefan Kraft eine Sitzung ab, in welcher über die zahlreichen Missbräuche und Gewaltakte gegen die deutsche Bevölkerung während der letzten Wahlen beraten wurde. Die Parteileitung beschloß, dagegen alle Maßnahmen einzuleiten, und zwar sowohl auf parlamentarischem Boden als auch bei den ordentlichen Gerichten. Dr. Kraft berichtete dann über die politische Lage. Es wurde beschlossen, daß die Partei der Deutschen in Jugoslawien auch weiterhin den Weg der tatkräftigen Verteidigung und des Rechts der nationalen und kulturellen Selbstbestimmung der nationalen Minderheiten zu gehen und entschieden alle parlamentarischen Aktionen und Bestrebungen zu unterstützen, die darauf ausgehen, Jugoslawien aus dem bisherigen Zustand der Willkür und der Gewalt auf den Weg zu einem modernen Staatswesen hinüberzuleiten.

Kauf nur die schmackhaften und gesunden

Kanolada

Sahnen-Bonbons.

Fabrikklager „IMPORT“, Zygmunt Antoniewicz

Poznań, ul. Młyńska 3. Telephon 3880.

Dienstag, 17. März 1925.

Um die Reichspräsidentschaft in Deutschland

Wahlbewegung und Wahlkampf.

In unserer letzten Nummer melbten wir, daß die Parteien, welche den Kampf für den Kandidaten Dr. Jarres führen, sich zu einem Reichsbloc zusammengeschlossen haben. Sie erlassen jetzt für diesen Kandidaten einen Aufruf an das gesamte deutsche Volk. „Zum ersten Mal“, so heißt es dort, „werden die deutschen Wähler und Wählerinnen am 29. März an die Wahlurne gerufen, um für sieben Jahre einen Reichspräsidenten zu wählen.“ An diesem historischen Tage müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Standes fallen. Die Wähler sollen nur den besten und würdigsten Mann berufen. Deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich wissen, gemeinsam mit Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsbloc vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg, vormaligen Reichsminister des Innern und Bündner zu empfehlen. Dabei war für den Reichsbloc maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist von großen Erfahrungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauterer Charakter, ein Mann des nationalen Fortschritts und leidenschaftlicher, christlicher Gesinnung, bewährt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr. Herr Dr. Jarres vereinigt in sich die Eigenschaften guter deutscher Art und leistet Gewißheit für eine sachliche, gerechte Führung der Geschäfte, für die Einheit der Verwaltung in allen Dingen. Er hat in schwerster Zeit seine Person rücksichtslos für Staat und Volk eingesetzt. Er hat als Staatsmann die Einheit des Reiches in vertrauensvoller gemeinsamer Arbeit mit den Regierungen aller deutschen Länder gefestigt.

Die vereinigten Parteien und Verbände fordern alle deutschen Frauen und Männer und die deutsche Jugend auf, für den Kandidaten des Reichsblocs zu stimmen. Überall sind Wahlauflösse zu bilden und Gelder zu sammeln. Bei starker Anspannung aller Kräfte kann der Sieg schon im ersten Wahlgang errungen werden. Unsere Parole ist: Die Einheit der Deutschen, die Einheit des öffentlichen Lebens, das Staatswohl über den Parteidienst!

Dr. Jarres wurde 1874 in Reinsdorf geboren. In Bonn, Berlin, London und Paris studierte er Rechtswissenschaft. Nach Abschluß seiner Studien trat er in die kommunalpolitische Laufbahn ein. Sie begann 1901 in Düren. 1907 wurde er Beigeordneter in Köln, 1910 Oberbürgermeister seiner Vaterstadt Remscheid, 1914 von Duisburg. Als im Jahre 1922 Poincaré zur militärischen Besetzung des Ruhrgebiets schritt, war der Oberbürgermeister von Duisburg der erste höhere Beamte und Vertreter einer großen Selbstverwaltung, der mit der Besatzungsbehörde in Konflikt geriet. Die belgische Besatzung wies ihn noch im Jahre 1923 aus. Er protestierte und blieb. Gewaltam lehrte er nachträglich zurück und sah wieder in den Duisburger Rathause. Jetzt wurde er verhaftet, fortgeführt, vor das belgische Kriegsgericht in Aachen gebracht, dort zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und dann erneut aus Duisburg ausgewiesen. Darauf wurde er Minister der besetzten Gebiete.

Der Kandidat der demokratischen Partei ist, wir wir schon melden, der badische Staatspräsident Dr. Hellpach, für den die links gerichteten Blätter jetzt eifrig Wahlarbeit zu machen beginnen, während die Sozialdemokraten den ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Braun aufgestellt haben und große Hoffnungen auf ihn setzen.

Dr. Jarres' erste Wahlrede.

Berlin, 15. März. Der Reichsbloc wird am Mittwoch, dem 18. März, nachmittags 8 Uhr, in der Philharmonie eine Kundgebung veranstalten, zu der Vertreter aus ganz Deutschland erscheinen werden. In dieser Kundgebung wird Dr. Jarres seine erste Wahlrede halten.

Dr. Luther bleibt neutral.

Berlin, 16. März. Der Bündner Dr. Luther legt Wert darauf, vor der Öffentlichkeit festzustellen, daß er sich, entgegen anders lautenden Nachrichten, jeder Stellungnahme für oder gegen einen einzelnen Präsidentschaftskandidaten strikt enthalten habe. Dies sei auch den Parteiführern genau bekannt. Soweit sie sich in bestimmten Fragen an ihn gewandt hätten, habe er diese Fragen beantwortet, aber stets jede Stellungnahme zu einzelnen Kandidaturen abgelehnt.

Wahlauftakt.

Blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten in Halle. — 5 Tote, 40 Verwundete. Halle 15. März. Am Sonnabend gegen 10 Uhr abends kam es in einer der beiden Versammlungen, die bei dem internationalen

Copyright by Ernst Keils Nachf. (Aug. Scherl) G. m. b. H., Leipzig

Blutrausch.

Eine Liebesgeschichte aus dem roten Rußland.

Von Gertrud von Brodorff.

(Nachdruck verboten.)

18. Fortsetzung.) Suwalloff schwieg und füllte sich seine Suppe aus der Terrine. Er hatte den etwas unsicheren Eindruck, daß der Student einen flüchtigen Blick mit dem Mädchen gewechselt hätte.

Er versuchte, den Gesichtsausdruck des Mannes zu enträtseln. Aber das bleiche, hagere Gesicht mit dem spärlichen, fahlblonden Bartchen auf der Oberlippe verriet nichts als eine hungrige Gier, ein möglichst großes Quantum der heißen Suppe zu vertilgen.

Suwalloff aß ein paar Löffel Suppe und versuchte dann, ein Gespräch anzuknüpfen.

Der Mann am Tische antwortete durch ein einsilbiges Knurren. Einer der Droschkenkutscher hatte den struppigen Kopf neben der Terrine auf den Tisch gelegt und war einschlafen.

Suwalloff aß seine Suppe, zählte und schickte sich zum Gehen an.

Während er die Handschuhe überschreite, bemerkte er, daß der Student den Kopf erhoben hatte und dem Mädchen einen Blick zuwarf, der sich auf ihn, Suwalloff, zu beziehen schien. Suwalloff strich langsam die Rubelschneide ein, die das Mädchen als Wechselgeld für eine größere Note vor ihn auf den Tisch gelegt hatte. Der Blick des Mannes hatte ihn stutzig gemacht.

Er hatte plötzlich das Gefühl, daß er diese Stube noch nicht verlassen dürfe.

„Die Suppe ist in Moskau jetzt teuer,“ sagte er zu dem Mädchen, das die Terrine vom Tisch nahm und sich anschickte, auch die Teller fortzuräumen.

„Alle Dinge sind teuer,“ erwiderte sie einsilbig, ohne ihn anzusehen.

Mitglied der Kommunistischen Partei zur Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl im Volksbad waren, zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten. Nachdem die kommunistische Landtagsabgeordnete Frau Hedwig Kröger gesprochen hatte, nahmen ein englischer und ein französischer Kommunist das Wort. Als ein deutscher Kommunist mit dem Oberleutnant der beiden Neben begann, erhob ein anwesender Polizeioffizier Einspruch dagegen. Als die Versammlung hierauf eine drohende Haltung annahm, forderte die Polizei die Versammlungen auf, sofortigen Räumung des Saales auf. Blößlich fielen Schüsse, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Bisher werden 5 Tote, 25 Schwerverletzte gezählt. Nach den Angaben der Polizei sind aus der Versammlung heraus die ersten Schüsse gefallen, was auch aus den Einschüssen in der Wand hinter den Polizeibeamten hervorgeht. Zu gleicher Zeit sprach in einem anderen Saal des Gebäudes der kommunistische Präsidentschaftskandidat Thaelmann. Auch diese Versammlung muß geräumt werden.

Aus Halle wird zu diesem Vorfall folgendes gemeldet: Die authentische Zahl der bei den gestrigen Zusammenstößen Getöteten beträgt 5. Von 10.15 Uhr vormittag ab hat am Tatort, im Volksbad in Halle, eine vorläufige Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt von Halle, den Untersuchungsrichter, den zuständigen Amtsrichter von Halle, den Regierungspräsidenten und den Beigeordneten stattgefunden. Hierbei hat sich als vorläufiges Ergebnis herausgestellt, daß die Schutzpolizei von Halle vollkommen einwandfrei gehandelt hat. Sie hat von der Waffe erst vorsätzlich Gebräuch gemacht, nachdem sie aus dem Saal und von der Galerie aus wiederholt beschossen wurde. Es sind Geschosse vorgefunden worden, die keine Schutzpolizeimunition sind. Im übrigen wird die Untersuchung mit der denkbaren größten Belebung und Initiative betrieben. Die Obduktion der Getöteten ist im Gange.

Bedingung ist, daß auf den Depeschen anstatt des Wortes „Rußland“ zu lesen ist in polnischer Sprache „Z. S. R. R.“, in russischer Sprache „S. S. R.“ und in französischer Sprache „U. R. S. S.“. Die Gebühr für ein Wort beträgt 34 gr, dringend 102 gr, Preßetelegramme 17 gr das Wort, doch müssen leichtere an „Inotofa“ in Neckau adressiert werden. Chiffrierte Telegramme werden vorläufig noch nicht angenommen. Mit demselben Tage werden vor der Post auch Einschreibebriefe nach Rußland angenommen gegen eine Gebühr von 30 gr für 20 Gramm, für jede weitere 20 Gramm 20 gr.

X Todesfall. Am Donnerstag, dem 12. d. Mz., ist in Rauschendorf bei Gransee der Rittergutsbesitzer Ernst von Behme, Herr auf Komornik, Kr. Schroda, und Rauschendorf, im 63. Lebensjahr gestorben. Der Einfachste der beiden bewohnten Posener Großgrundbesitzerfamilie von Behme an und erfreute sich in weiten Kreisen des Posener Deutschlands großer Werthäusigung. Seine Beisetzung hat heute nachmittag 2½ Uhr in Rauschendorf in der Mark stattgefunden.

X Einführung der Fünfschillingsscheine. Die staatliche Emissionsbank hat an ihre Zweigstellen ein Rundschreiben erlassen, nach dem die einlaufenden Fünfschillingsscheine nicht wieder ausgegeben werden sollen. Auch die Generaldirektion für Post und Telegraphie hat für ihre Nebenämter die Inhaltung dieser Scheine und ihre Abwendung nach Warschau angeordnet. Diese Maßnahmen werden getroffen, weil in Kürze statt der Scheine die neu geprägten Fünfschilling-Silberstücke in den öffentlichen Verkehr gebracht werden sollen.

* Thorn, 15. März. Das Geburtshaus des Nikolaus Copernicus ist von dem Besitzer der Stadt zum Kauf angeboten worden. Da jedoch eine hohe Kaufsumme gefordert wird, so ist bisher nichts aus dem Anlauf geworden. Wie das „Stow Pomorze“ berichtet, will ein jüdischer Staatsbürger aus Kongreßpolen das Haus käuflich erwerben.

Aus Stadt und Land.

Polen, den 16. März.

Spätwinter.

Der heurige Winter, der so ganz und gar von dem abwich, was der gewöhnliche Sterbliche sich unter einem verlässlichen Winter vorstellen gelernt hat, scheint sich noch kurz vor Tresschluss — denn der Kalender kündigt uns den Anfang des Frühlings in Wochentagen an — auf seine eigentliche Bedeutung zu beenden. Er hat Sonnabend abend, in der Nacht zum Sonntag und während des ganzen gestrigen Ruhetages seine Blütenkarte in Gestalt ungeheuerer Schneemassen und verschiedener nicht unerheblicher Rüttelgrade abgegeben. Und so haben wir denn die für die Mitte des Märzmonats ganz ungewöhnlich Ercheinung einer vollständigen Winterlandschaft. Wege und Stege sind verschneit, an den schneedeckerten Astchen der Sträucher lugt aus dem zarten Weiß das ebenso garie Frühlingsgrün der schon stark vorgeschrittenen Knospen heraus, die Fenstercheiben sind mit Eisblumen geschmückt. Die Straßenbahnen müste gestern, um ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können, den Schneeflug fleißig seines Amtes walten lassen; die Eisenbahnzüge trafen mit teilweise nicht unerheblichen Verspätungen ein. Diesen Unannehmlichkeiten, unter der die Allgemeinheit zu leiden hatte, standen aber die mannigfachen Freuden entgegen, die der plötzliche Schneefall unserer Jugend bereitete. Der Rodelschlitten, der in diesem Winter fast ganz zu beschaulichem Dasein verurteilt zu sein schien, wurde aus seiner Ecke hervorgeholt, und nun begann der Rodelbetrieb, der die Lungen vom Schulstaub befreit und die Wangen rotet. In den Straßen hörte man — man denkt: am 15. März — fröhliches Schellengeläut von Schlitten, die Erwachsene in die Umgebung Posens entführten, kurz, ein winterliches Bild, wie es für das Weihnachtsfest angemessen gewesen wäre. Unser Verein seit langen Wochen aus dem Süden vorzeitig heimgekehrt gesiederten Freunde suchen ängstlich nach einem Körnchen, dessen Auffindung die drei Centimeter starke Schneedecke erschwert. Die jüngsten Raben wagen sich wieder in die Stadt hinein, aus der Luit erhöht ihr heiseres Gelächter „Rab-Rab“. Aber der plötzliche Schneefall hat doch auch noch etwas gutes. Viele Arbeitslose können bei der Beteiligung der Schneemassen aus den Hauptstraßen der Stadt Beschäftigung und Brot finden. hb.

X Eröffnung des Telegrafenverkehrs mit Rußland. Am Dienstag wurde der Telegrafenverkehr mit Rußland eröffnet. Angenommen werden staatliche, meteorologische, gewöhnliche und Presstelegramme, die in russischer, weißrussischer, englischer, französischer, deutscher und italienischer Sprache abgesetzt werden können, doch muß man sich hierbei des lateinischen Alphabets bedienen.

„Es ist die Schuld der Sowjets,“ sagte Suwalloff mit gedämpfter Stimme.

Sie warf einen raschen, aufmerksamen Blick auf sein Gesicht, zuckte die Achseln und schwieg.

Suwalloff hätte in diesem Augenblick darauf schwören mögen, daß Bolkonski sich in irgendeinem Hinterzimmer des Hauses verbirgt hielt.

Er schob die Scheine in seine Brieftasche und verbarg sie im Innensutter seines Rockes. Dabei fiel sein Blick auf die Hände des Mädchens, daß die Teller fortträumte. Es waren schlank, feste, edelgeformte Hände von ungleichbar aristokratischer Abstammung. Suwalloff dachte: „Sie ist nicht die Tochter eines kleinen Speisewirts, für die sie gerne gelten möchte,“ und empfand ein unbekanntes Mitgefühl mit diesem Mädchen, das er nicht kannte und das ihm seinem ganzen Wesen nach eher feindlich als freundlich gesinnt zu sein schien.

Er grüßte, trat langsam ins Freie und schlug, in Gedanken verloren, den Weg ein, der zum Palais Bolkonski führte.

Als er sein Zimmer betrat, hatte er das Gefühl eines Menschen, der von einer langen Reise zurückgekehrt und sich in der altgewohnten Umgebung nicht gleich zurechtfinden vermugt.

Die alte Natascha hatte ein lärgliches Feuer im Kamin entzündet, dessen zuckender Schein sanft und rosig auf den dunkelblauen Seidentapeten lag.

Suwalloff setzte sich, ohne den Pelz abzulegen, in einen Sessel und horchte nach den Zimmern der Fürstin hinüber. Er hörte die Stimme Maria Petrownas, die der Fürstin vorlas.

Bolkonski war also noch nicht zurück. Suwalloff lauschte auf Maria Petrownas Stimme, die abgerissen und schlaftrig zu ihm herüberdrang.

Auf einmal überfiel ihn eine unendliche Müdigkeit. Seine Augenlider waren schwer wie Blei.

„Was für eine süße Stimme sie hat,“ dachte er, schon auf der Grenze zwischen Schlaf und Wachen.

Dann schlief er ein.

J. Kadler vorm. O. Dümke + Möbelfabrik
Essele-, Herren- und Schlosszimmer
Küchen-/Klubmöbel in Leder und Sobelin.
Anfertigung nach eigenen und gegebenen Entwürfen.

Optantengespräche.

Herr A.: Wie kommt denn das? Ich habe erst jetzt die Erinnerung bekommen, Polen zu verlassen. Meines Erachtens hätte mir diese Erinnerung doch bis zum 28. Februar zugestellt werden müssen. Da ich bis Ende Februar ohne Nachricht blieb, habe ich angenommen, daß die polnische Regierung beabsichtigt, mich im Lande zu lassen, trotzdem ich Optant bin.

Herr B.: Sie haben durchaus recht in Ihrer Annahme; denn im Art. 12 des Wiener Vertrages steht ausdrücklich im § 2, daß die polnischen Behörden den Optanten zwischen dem 1. Januar und dem 28. Februar eine Erinnerung zugeben lassen werden. Nach dem 28. Februar können nur solche Optanten Erinnerungen erhalten, die nicht auf den 28. Februar gestanden haben.

Herr A.: Ist es denn möglich, daß ein Optant nicht in den Listen steht, die die beiden Regierungen ausgetauscht haben?

Herr B.: Das ist durchaus möglich, da die Listen in sehr langer Zeit fertiggestellt werden mußten und nur die Namen von Personen enthalten sollten, die ihren Wohnsitz noch hier haben. So sind die Namen von Optanten, die in den letzten zwei Jahren ihren Wohnsitz mehrfach gewechselt haben, zum Teil weder in der deutschen noch in der polnischen Liste enthalten, da man anscheinend in dem Glauben war, daß diese Personen bereits nach Deutschland abgewandert sind. Die polnische Regierung soll deshalb eine Nachtragliste hergestellt haben, die die Namen aller derjenigen Personen enthält, die nach Fertigstellung der ersten Liste als Optanten festgestellt worden sind. Ich würde mich an Ihrer Stelle bei den zuständigen Behörden, dem Deutschen Generalkonsulat in Polen, daß die polnische Liste erhalten muss, erkundigen, ob Sie auf der Nachtragliste stehen. Wenn Sie bereits auch auf der ersten Liste gestanden haben, dann durfte Ihnen die polnische Regierung nach dem 28. Februar eine Erinnerung nicht mehr zusenden. Wenn Sie aber auf der Nachtragliste stehen, dann ist die polnische Behörde im Recht.

Herr A.: Ja, können denn solche Nachtraglisten immer noch eingereicht werden?

Herr B.: Die polnische Regierung ist berechtigt, bis zum 31. Dezember 1926 Erinnerungen zuzustellen. Diese späteren Erinnerungen muß sie jedoch auf diplomatischem Wege zu Kenntnis der deutschen Regierung bringen.

Er erwachte davon, daß die alte Natascha vor ihm stand und ihn hastig an der Schulter rüttelte.

Ihr altes, verhutztes Gesicht mit den vorspringenden Backenknochen der großrussischen Bäuerinnen war grau vor Entsehen.

„Es ist ein Brief für Dich angelommen, Sergei Alexandrowitsch.“

„Was für ein Brief?“ fragte Suwalloff schlaftrunken. „Ein versiegelter Brief, Sergei Alexandrowitsch. Ein Bote hat ihn gebracht. Er sagt, daß er Weisung hätte, den Brief persönlich abzugeben.“

Suwalloff stand auf. Das verstörte Gesicht der alten Dienerin machte ihn stutzig und verschreckte den letzten Rest seiner Schlaftrigkeit.

„Was für ein Bote, Natascha?“

„Ein Bote von der „Außerordentlichen Kommission“, Sergei Alexandrowitsch.“

Aus ihrer gedämpften Stimme schlug ihm das Grauen entgegen.

Suwalloff lächelte und trat an der Alten vorbei in den breiten, dümmigen Korridor.

Ein Motorfahrer in enganliegender schwarzer Ledernkleidung, die schwarze Kappe fest um das bleiche Gesicht mit den stechenden Augen gezogen, stand vor ihm und zog langsam und umständlich einen Brief aus einer roten Jungenmappe.

Suwalloff nannte seinen Namen.

Das bleiche, von der schwarzen Kappe umrahmte Gesicht verzog sich zu einem Lächeln.

„Ich kenne Sie, Sergei Alexandrowitsch.“

Suwalloff wunderte sich. Er war in diesem Augenblick davon überzeugt, den Mann nie zuvor gesehen zu haben.

Er nahm den Brief und betrachtete das Siegel der „Außerordentlichen Kommission“.

ERDMANN KUNTZE

Schneidermeister Poznań, ul. Nowa 1, I. Etage

Anfertigung vornehmster

Herren- u. Damen-Moden

Lager
in prima
englischen
u. deutschen
Stoffen.

Moderne
Frack-Anzüge
zum Verleihen.

Gelieferte Stoffe werden zu erstklassiger
Verarbeitung angenommen.

S. Kaczmarek, Poznań
ul. 27. Grudnia 20. ul. 27. Grudnia 20.
empfiehlt in grösster Auswahl
zu bekannt billigen Preisen
prima Damen- u. Kinder-Wäsche, Korsets
u. Büstenhalter, wollene Jacken, Kleider
u. Kostüme, Damen- u. Kinderstrümpfe,
Trikotagen, Schlafröcke usw.

Kompletter Dreschsatz

(Lokomobile und Dreschkästen)
beide in gutem betriebsfähigen
Zustande hat zu verkaufen

Güterdirektion Giesche Spółka Akcyjna,
Mokre b. Mikołów (G.-Sl.).

I Lokomobile „Lanz“ 6 PS.
1 Düngerstreuer „Westflia“, 3 Meter,
beide Maschinen in gutem Gebrauchs-
zustand, zu verkaufen bei
Geisler & König, Gniezno, Tumsko.

Optanten u. Auswanderer

welche sich in Deutschland ansetzen wollen, erhalten zwe-
dienliche Auskunft unter C. 4529 an die Gesellschaft
dieses Blattes.

„Der Weltmarkt“

Organ für die Einkäufer
mit neuen Rubriken ab 1. April d. Js.
„Auskunftszentrale für den Osten“
„Leistungsfähige deutsche Lieferanten
für den Bedarf der Oststaaten“
dient den Interessen des oststaatlich-
deutschen Handelsverkehrs.

Jahresbezugspreis 6 Dollar einschl. Porto.
Einzelne Probenummern kostenfrei durch
J. C. König & Ebhardt, Hannover.
Verlag: „Der Weltmarkt“.

Treibriemen

Leder-Kammholz-Hart
Sonder-Spatzholzlin

Poznań u. Bawaria Mielczynskiego 23. Telef. 4019

Pflanzkartoffeln

Modrow's „Industrie“ Original, von der Bielkowska Fab-
rik Polnica Poznań anverfaßt, etwas schorig, sind gegen Vor-
einladung des Betrages zu verkaufen. Mengen unter
10 Gr. werden nicht abgegeben.

Dominium Golina Wielka (Langgubl),
Post und Station: Bojanowo.
Fernsprecher: Bojanowo 29.

Sauerfrat

in neuen eichenen Fässern von ca. 4 Zentner Inhalt,
gibt wog. ab Dom. Kotowiecko, now. Pleszew Tel. Kot-
wiecko 3.

Zittauer Zwiebeln

(prima Ware) Ztr. 30 zl. Kasse voraus, verkaufst

W. L. Wieleń (Wielkow.)

Gebrannten Kalk Stückkalk

sowies

Staubkalk

für Bau- und Düngzwecke, aus dem Kalkwerk Szarlej, Poln.-Oberschlesien

liefer durch die

Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft, Poznań 3

oder direkt

Generaldirektion der Grafen Henckel von Donnersmarck

Tarnowskie-Góry (Carlsdorf). G.-Śląsk.

Achtung! Richtung!

Zeitung
„Die Woche“
mit dem neuen Roman Alten
t. s. ebenjo

Scherl's Magazin
zu betrachten.

A. Ćwiklinski,
Wierzbice 31 a. part.
(vom 10. bis 1. u. v. 3. bis 5.)

Rotflee

Habe letzter Ernte willst abzugeben.

W. Scherle,
Poznań, Da. am Freo 22.

Neu, sofort lieferbar:

Müller von der Brück

Das Dritte Reich

brosch. 8 Zloty.

Boehm. Europa irrede ta
geb. 14 Zloty, nach auswärts
mit Porto zu zahlen.

Buchdruckerei der
Drukarnia Concordia Sp. Aka.
(z. Boerner Buchdr. u. Ver-
trieb und Verlagsanstalt T. A.)

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Ich habe mich in Bydgoszcz als Rechts-
anwalt niedergelassen.

Bydgoszcz, den 16. März 1925.

Martin Hoeppe, Rechtsanwalt.

Wir haben uns zur gemeinsamen Ausübung
der Anwaltsätigkeit verbunden.

Unser gemeinsames Büro befindet sich in der
Niedzwiedzia Nr. 4 (Bärenstr.), 1 Treppe.

Bydgoszcz, den 16. März 1925.

Martin Hoeppe, Rechtsanwalt. Dr. Kopp, Rechtsanwalt.

Meine Sprechstunden
sind mittags von

12-1 Uhr

sowie nachmitt. (außer
Mittwoch u. Sonnabds.)
von 5-6 Uhr.

Hoeppe.

Meine Sprechstunden
sind vormittags von

10-11 Uhr

sowie nachmitt. (außer
Mittwoch u. Sonnabds.)
von 5½-6½ Uhr.

Dr. Kopp.

Sonnenblumenkuchenmehl

Baumwollsaatmehl

stellen sich im Verhältniss viel billiger als Kleie.

Fischfuttermehl

offerieren jede Menge

Darius & Werner, Poznań, plac Wolności 18.

Telephon 54-03 u. 40-83.

Tel.-Adr.: „Kartofle“.

Verkaufe Arbeitspferde

10 ältere und
Junge starke Arbeitspferde
darunter 2 dreijährige Stahlschimmel und mehrere
Zuchttatzen,
desgleichen 4 zweijährige belgische Hengste.

Dietsch, Chrystow, Station Oborniki,
eventi. Szamotuly.

Zu kaufen gesucht:

Aus dem Ostlande

Jahrgang 1911, seit 1 apri

1915, " 6 "

1918, " 4 "

1919, " 5 "

Angebote mit Preis an

Drukarnia Concordia Sp. Aka.

Poznań, Swierzyńska 6.

20 Stück

Wegen Ausgabe d. Buch

suche ich für 1. Juli 25 ander-

weilige

Pachtung

von ca. 1000 Morgen. Die
Summe für d. zu übernehmende
Inventar Werte jetzt schon
hinterlegt werden.

Gest. Angeb. unter Nr. 4578
an die Geschäftsst. d. Bl.

Auktion a. Verkäufe

Kaue in der ehem. Prov.

Boen gute

Wirtshaf

von etwa 200 Morg. Nähe
der Stadt oder Bahnhof.

Gest. unter Nr. 4519 an d.

Geschäftsst. d. Blattes erbeten.

Mit 30000 Zl. juche

Kauf oder Pacht eines

Gutes mit gutem Bo. en und

Fruchtar. Zahlung des Neuen

nach Vereinbarung. Dieselbe

kann auf dem gekauften Grund-

stück eingetragen, oder auf me-

rem bei Katowice Rautowicz ge-

leg. schulden. Hausgrundstück

welches monatlich 1800 Zl.

Pacht einträgt, sicher gestellt

werden. Auch würde ich auf

tauch m. Zahlung eingehen.

Angeb. unter Nr. 4542 an

d. Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hübsche

Landhäuser,

mit Garten oder Acker und

Wiese von 6-12000,-

Mietpreis in den Provinzen Branden-

burg und Mecklenburg zum

Verkauf. Auszeichnung auf

Wunsch zur Auficht

Seit. Bohrte. Berlin SW.

Tempo hoher Ufer 10.

Norwegisches

Fischfuttermehl

(fettarm)

ist eingetroffen.

Landw. Hauptgesellschaft

T. z. o. p.

Poznań.

Empfehl
gelben Eckendorfer

Rüben- Samen

bestens gereinigt, hochkeim-

fähig. Altbekannte, hoch-

ertragreiche Sorte.

Preis pro Ztr. 57 złoty.

Säcke zum Selbstkostenpreis.

Saatzuchtwirtschaft

Stupia

bei Środa.

Wiederverkäufer werden gebeten, Spezialoffer einzuholen.

Pflanzkartoffeln

„Bepo“ und „Bartosia“ ausverkauft.

Dominium Golina Wielka (Langgubl),

Arbeits Rowicz.

Freitag, 17. März 1925.

Zweite Beilage zu Nr. 63.

ein Auslaufen der Eisenbahnerbewe u. g in Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet: Trotz des im Reichsarbeitsministerium geäußerten Schiedspruches wird die Lage im Eisenbahnerstreik nun wie vor als ungeklärt angesehen. Während die Eisenbahndirection bis jetzt den Schiedspruch ablehnt, weil sie die Lohnforderungen und die Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter nicht erfüllen zu können glaubt, sind andererseits die Arbeitnehmerverbände nicht in der Lage, beim Schiedspruch zugestimmen, weil fachlich nicht genügend geboten wird, andererseits aber die im Schiedspruch vorgeschlagenen Termine und fristlose Verhandlungen gegenüber den bisherigen tariflichen Bestimmungen bedeuten.

Ob es bei einer Ablehnung des Schiedspruches durch beide Parteien zu einer Verbündeteklärung kommen wird, ist noch nicht klar, wohl aber zu erwarten. Die Gewerkschaften werden ihre Stellungnahme rechtlich prüfen. Das ist um so notwendiger, als in den letzten Tagen ungernene und unverantwortliche Elemente die Eisenbahner gegen die ausdrückliche Weisung ihrer Gewerkschaften zur Verbesserung der Streitbasis zu verleiten suchen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. März.

Ein neuer Post- und Telegraphentarif

gilt seit Freitag, 15. März.

Das Pauschal für gewöhnliche Briefe, wie bisher, 15 gr bis 20 Gr. darüber bis 250 Gr. 30 gr. Ein eingeschriebener Brief kostet 45 gr (bisher 35 gr). Silbriebe, wie bisher, 50 gr; ein eingeschriebener Silbriebe kostet also 95 gr. Verlangt abhängig einer Einslieferungsschein oder eine Bescheinigung der erfolgten Aushändigung, so hat er 30 gr (bisher 20) zu zahlen. Für dieselben Bescheinigungen, die nach erfolgter Auflieferung verlangt werden, zahlt der Absender 60 gr (bisher 40). Von 20 auf 30 gr wurden erhöht die Gebühren; für Nachnahmen, für außerhalb der Dienststunden aufgelieferte Postfachen, für Adressänderung oder Zurückverlangen der Sendung, für ein Duplikat des Auslieferungsscheines, für eine Reklamation, für Rückschlagung oder Ermäßigung der Nachnahme. Das Porto für Pakete mit höherem Gewicht, z. B. von 10 bis 15 Kilo, beträgt 3,50 zl (bisher 4) von 15 bis 20 Kilo 5 zl (bisher 6). Die Gebühren für Zustellung der Pakete in Warschau werden erhöht: bei 5 Kilo auf 40 gr (bisher 20), bei 10 Kilo auf 50 gr (bisher 25), bis 15 Kilo auf 80 gr (bisher 30), bis 20 Kilo auf 1 zl (bisher 35 gr). Die Lagergebühr kostet jetzt für jeden Tag und jedes Paket 40 gr (bisher 25), höchstens aber überhaupt 8 zl (bisher 5 zl). Eine Postmacht zur einmaligen Empfangnahme eines Pakets kostet 5 gr, zu dauernder Empfangnahme 1 zl. Postlagernde Sendungen kosten 5 gr (bisher 2).

Bei gewöhnlichen Telegrammen wird die Grundgebühr von 8 auf 10 gr für das Wort erhöht (mindestens aber 1 zl), bei Giltelegrammen kostet das Wort 30 gr (bisher 24) (mindestens aber 8 zl). Für Prezentelegramme wird das Wort von 8 auf 4 gr erhöht.

Städtische Wohnungsbauten in Posen.

Auf Anregung der Ubezpiegarnia Krajowa (Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt) wird die Stadt in Kürze an den Bau von 250–300 Wohnungen herantreten. Die Häuser sollen auf der Glogauerstr., Karmeliterwall (Ecke Halbdorfstr.), Oberwilda und Wahl-Warneńczyka (fr. Markgrafenring) entstehen, und zwar auf städtischem Gelände. Es sollen 8- bis 4-Zimmerwohnungen nebst Bad usw. entstehen, von denen ½ werden an Privatbeamte vermietet werden müssen, und zwar zu Preisen, die nur das Anlagekapital vergingen zu möglicher einer kleinen Amortisation; ein beobachteter Vorteil ist ausgeschlossen. Die Kredite bewilligt die Ubezpiegarnia Krajowa zu mäßigen Bedingungen. Die II. Ar. will ebenfalls Kredite auch an andere Städte beider Wojewodschaften gewähren. Das Vorgerufen dürfte auf Anregung des Stadtverordneten, Landeskons. Wykieralski, zurückzuführen sein.

Jubiläums-Vorstellung.

Die Optimisten vom 28. November d. J. haben recht behalten: "Felic Novowieski ist mit seiner Tragödie 'Baltesische Legende' der große Wurf geglückt: Im Beiträum von nicht ganz vier Monaten brachte es das Werk in 'Großen Theater' auf 25 Aufführungen, am 18. März fand die Jubiläumsvorstellung statt. Ein hoherstiller Erfolg, zu welchem man dem Komponisten gratulieren muß. Das Gute hat sich wieder einmal Bahn gebrochen und einem gewissen Gegengruß unbeirrt Trost geboten. Gewiß, die Oper hat wie die meisten anderen ihre Schwächen, man vergesse jedoch nicht, daß wir in ihr die ersten selbständigen Geburten vor uns sehen, die der Tonkünstler auf diesem Gebiet unternommen hat, und da gebietet die Gerechtigkeit festzustellen, daß sich der Autor in seiner 'Baltesischen Legende' bereits gehörig sicher fühlt und einen musikalischen Bau mit architektonischem Schmuck zur Vollendung gebracht hat, vor dessen guten Seiten man wegen der in ihnen enthaltenen Schönheit, ohne Gefahr zu laufen, interessiert vermeilen muß. Die Fassung der Oper ist mehreren Änderungen unterworfen worden. Der Komponist hat sie nochmals behobelt, es fehlt einige Späne, das Gesamtbild hat durch diese Prozedur aber ein glatteres, abgerundeteres Aussehen erhalten. Namentlich der erste Akt mußte sich Kürzungen gefallen lassen. Unnötige Breiten sind nach Möglichkeit auf ein Mindestmaß beschränkt worden. Der Gott Perun braucht nicht mehr aus den Glüten emporzutauden, man hört ihn nur. Auf die Abschaffung des Krone suchenden Roman folgt jetzt ein gut gefügtes Intermezzo, welches gewissermaßen die Fahrt des Helden nach der verwunschenen Eutg veranschaulichen soll. Das Finale füllt die Leisten der Meerjungfrauen, wodurch der Abschluß einen wirkungsvollen Charakter erhält. Unverändert widelt sich die Pantomime im Meeresschloß ab, das Panorama ist prächtig wie zuvor. Aus dem Vorspiel zum dritten Akt ist leider die markige Melodie des Schifferzuges verbannt worden. Im Schlussteil selbst hat der Komponist wohlgläufig Arbeit verrichtet. Ein Massendorf leitet kraftvoll das Ende der Handlung ein, die Apotheose mit dem Er scheinen der Königin wurde als überflüssiges Anhängsel amputiert. Mit diesen Verbesserungen wird man im allgemeinen zufrieden sein können. Die Aufführung unter persönlicher Leitung des Komponisten stand unter dem denkbaren günstigsten Stern. Die Solopartien lagen in den Händen derjenigen Personen, die auch schon in der Uraufführung vorzüglich herborraten. Fräulein Chwńska, sowie die Herren Czarniecki und Urbanski waren nach wie vor probate und fangfähige Stützen. Das Orchester spielte verschwenderisch mit Ausdrucksfülle. Prof. Novowieski war gegenstand begeisteter Applausen. Und das von Rechts wegen!

Alfred Koole.

Pallotta end.

Das Ballett hat das begreifliche Verlangen, zu zeigen, daß es nicht lediglich dazu da ist, als Staffage zu dienen, sondern auch in der Lage ist, einen schönen Aufschluß zu liefern. Zum Beispiel

Wasserstrand und im Zoologischen.

Die Saisonleitung beschwert sich öffentlich über die gedanklose Behandlung ihrer Schülinge durch unvernünftige Besucher. Trotz strenger Verbote werden den empfindlichen Affen Nüsse gereicht, an denen sie sich die Zähne ausbrechen. Auch Süßwaren, Taschenpiegel und Papier schnükel, die ihren Magen verderben oder sie zu Unruhen verleiten werden ihnen dargeboten. Als an den letzten warmen Vorfrühlingstagen die behenden Söhne des Tropenwaldes sich in den Außenräumen sonnen durften, gab ihnen ein Unverantwortlicher Lederbissen zu kosten, worauf fast alle erkrankten und drei noch heute um ihr Leben ringen. Ob der Lieblingssohn des Gartens, "Wojtek" noch einmal gefunden wird, erscheint zweifelhaft. — Auch anderen Fremden wird man bitter Unrecht angehen. In das Seelöwenbassin werden, entgegen dem strengen Verbot, immer noch Brotschnitte, Lebensmittelabfälle und sogar halb ausgerauzte Zigaretten geworfen. Diese Unarten erscheinen um so unverzeihlicher, als die Tiere von der Vermutterung mit peinlicher Sorgfalt gepflegt und ganz individuell ernährt werden.

Eingehung der Fünfzigstothscheine. Da sich die Fälschungen von Fünfzigstothscheinen mehren, hat das Ministerium beschlossen, die gegenwärtig im Umlauf befindlichen Fünfzigstothscheine aus dem Verkehr zu ziehen und an ihrer Stelle neue Banknoten mit anderer Bezeichnung herauszugeben.

s. Belohnung. Die Postdirektion hat für die Ermittlung des oder der Einbrecher, die am 1. d. M. das Postamt in Borek um 8000 zl beraubten, eine Belohnung von 5 Prozent des ganzen oder des Betrages, der sich unter Umständen noch herbeischaffen läßt, ausgesetzt.

• Posener Wochenmarktpreise. Uniole der großen Schneefälle am Sonnabend, die die Wege nach Polen unwegsam gemacht hatten, rückte an dem heutigen Montags-Wochenmarkt die Preise. Auch Rauhreis war wenig erschienen. Die Preise hielten sich fast durchweg in den bisherigen Grenzen. Für das 2 und Unter bezahlte man 2,60–2,70 zl für die Mandel, Eier 1,70 zl, für das Ei 70 gr. Auf dem Fleischmarkt kostete eine Ente 1,6–2 zl, ein Huhn 2,50–4 zl, ein Paar Lamm 1,50–1,80 zl für ein Pfund Schweinefleisch 0,90–1,00 zl, für ein Pfund geräucherten Schinken im ganzen 1,20 zl, für ein Pfund Rindfleisch 0,80–1,00 zl für ein Pfund Kalbfleisch 0,80–1,00 zl, für ein Pfund Hammelfleisch 70–90 gr. Ferner wurden folgende Preise gezahlt: für ein Pfund Rindfleisch 0,80–1,00 zl, für ein Pfund Hammelfleisch 70–90 gr. Ferner wurden folgende Preise gezahlt: für ein Pfund Rindfleisch 0,80–1,00 zl, für ein Pfund Birnen 20–40 gr, für das Pfund Rüebli 50 gr, Weckflocke 25–30 gr. Sprossenflocke 1,30 zl für 1 Aprikose 15–20 gr, für eine Zitrone 8–10 gr, für ein Pfund Feigen 1 zl, für ein Pfund Spinat 0,90 gr, Walnüsse 90 gr, für ein Pfund Haselnüsse 1,20 zl, für ein Pf. Zwiebeln 40 gr, für ein Pfund Radicen 60 gr, für ein Pf. Radicula 1 zl, für ein Pf. rote Rüben 10 gr, für ein Pf. Rüebli 10 gr, für ein Pf. Wohlriemen 10 gr, für ein Pf. Bohnen 30–40 gr, für ein Pfund Erben 20–30 gr, für einen Hering 10–20 gr, für ein Eier Leindl 2,40 zl, für ein 3-Pfundbrot zahlte man 70 gr. Auf dem Fischmarkt standen nur weiße Fische.

Konzert Bolesław Jaracz. Wie wir schon mitgeteilt haben tritt am Mittwoch, dem 18. d. M., abends 8 Uhr, im Saale des Evangelischen Hauses der bekannte Violinist Bolesław Jaracz auf. Der Künstler wählt diesmal ein Programm, das jenen bei uns gespielt wird, das E-dur-Biostonkonzert von Bach. A-dur-Konzert von Mozart. E-dur-Konzert von Beethoven und andere Kompositionen. Rattenvorlesestunde bei Herrn Szydłowski. Freitag 1 (ir. Va. Kluski), zu 6, 4, 2 zl inkl. Sieuer, am Tage des Konzerts ab 7 Uhr an der Abendkasse.

• Die Feuerwehr wurde Sonntag vormittag kurz nach 11 Uhr nach der ul. Krasiński 9 (ir. He. w. gr.) gerufen, wo in einem Laden vermutlich vom Ofen aus Reihe und ein Wasser-Gardinen in Brand geraten waren.

• Die Feuerküche. Gezohlen wurden: aus einer unverschlossenen Wohnung in der ul. Brodzka 1/6 (ir. Breslauerstr.) ein brauner Lederner Handkoffer, 80 × 60 cm, mit Löttengegenständen, 4 Damenhemden, 4 Paar Damenbindeleinen, 4 Unterhosen, sämtlich se eichner, S. N. 12. Taschenreißer, mehrere Kosmetikbeutige, 1 Taschenuhr und 1 Paar Socken, ferner dem Dienstmädchen 5 Frauenhemden; aus einer Wohnung schaute im Hause Nr. 32 in der selben Straße 210 zl aus der Flasche, 14 Flaschen Schnaps, Zigaretten und Zigarren im Gesamtwert von 350 zl.

s. Vom Weiter. Gestern, Sonntag, früh waren 3 Grad Kälte, heute, Montag, früh 6 Grad Kälte.

s. Koszalin, 14. März. Auf dem Gute Strumiany (ir. Steinort) verlegte ein wildgewordener Bulle den Viehhüter Piechanski so schwer, daß er bald darauf starb.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Dienstag, den 17. 8.: Bachverein: 7½ Uhr Probe (Herren 8½). Dienstag, den 17. 8.: Evangel. Verein Junger Männer: 7 Uhr Turnen.

Mittwoch, den 18. 8.: Gemischter Chor Wilba: Übungsstunde.

Mittwoch, den 18. 8.: Evangel. Verein Junger Männer: 7–10 Uhr Probe

Donnerstag, den 19. 8.: Evangel. Verein Junger Männer: 8 Uhr Blasen.

Donnerstag, den 19. 8.: Stenogr.-Verein: 6½ Kursus.

Donnerstag, den 19. 8.: Historische Gesellschaft: Hauptversammlung.

Donnerstag, den 19. 8.: Psychologische Gesellschaft: 8 Uhr Sitzung im Bristol

Freitag, den 20. 8.: Evangel. Verein Junger Männer: 7 Uhr Turnen.

Freitag, den 20. 8.: Verein Deutscher Sänger: 8 Uhr Übungsstunde.

Sonnabend, den 21. 8.: Evangel. Verein Junger Männer: Wochenabendkonzert. Vorher Generalprobe im großen Saale.

* Culmsee, 15. März. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, ein Denkmal zur Erinnerung an die bei dem Überfall durch Lieutenant Kochbach seinerzeit Gefallenen zu bauen.

* Starogard, 15. März. Die alte Reitbahn hat die Militärbehörde niederrichten lassen. Es ist nur dort ein marktähnlicher vierseitiger Platz entstanden, der sich noch recht kahl ausnimmt. Angeblich ist geplant, dort ein Denkmal aufzustellen, und dem Platz einen nationalgeschichtlichen Namen zu geben.

* Wirsitz, 15. März. Das Grundstück des Kaufmanns F. G. Süssli hat der Volkspolizist F. Berndt läufig erworben.

Sport und Spiel.

Warta – L. A. S. 7:8 (5:0). Der größte Optimist hatte wohl nicht daran gedacht, daß die Wartaner nach den fatalen Niederlagen gegen "Rück" nunmehr gegen den Lodzer Fußballmeister irgend etwas ausrichten würden, und – es kam ein Sieg heraus, der eigentlich schon nötig war, um den gesunkenen Fußballsieg 70–90 gr. Ferner wurden folgende Preise gezahlt: für ein Pfund Apfel 0,6–0,8 gr, für das Pfund Birnen 20–40 gr, für das Pfund Rüebli 50 gr, Weckflocke 25–30 gr. Sprossenflocke 1,30 zl für 1 Aprikose 15–20 gr, für eine Zitrone 8–10 gr, für ein Pfund Feigen 1 zl, für ein Pfund Spinat 0,90 gr, Walnüsse 90 gr, für ein Pfund Haselnüsse 1,20 zl, für ein Pf. Zwiebeln 40 gr, für ein Pf. Radicula 1 zl, für ein Pf. rote Rüben 10 gr, für ein Pf. Rüebli 10 gr, für ein Pf. Wohlriemen 10 gr, für ein Pf. Bohnen 30–40 gr, für einen Hering 10–20 gr, für ein Eier Leindl 2,40 zl, für ein 3-Pfundbrot zahlte man 70 gr. Auf dem Fischmarkt standen nur weiße Fische.

Konzert Bolesław Jaracz. Wie wir schon mitgeteilt haben tritt am Mittwoch, dem 18. d. M., abends 8 Uhr, im Saale des Evangelischen Hauses der bekannte Violinist Bolesław Jaracz auf. Der Künstler wählt diesmal ein Programm, das jenen bei uns gespielt wird, das E-dur-Biostonkonzert von Bach. A-dur-Konzert von Mozart. E-dur-Konzert von Beethoven und andere Kompositionen. Rattenvorlesestunde bei Herrn Szydłowski. Freitag 1 (ir. Va. Kluski), zu 6, 4, 2 zl inkl. Sieuer, am Tage des Konzerts ab 7 Uhr an der Abendkasse.

• Die Feuerwehr wurde Sonntag vormittag kurz nach 11 Uhr nach der ul. Krasiński 9 (ir. He. w. gr.) gerufen, wo in einem Laden vermutlich vom Ofen aus Reihe und ein Wasser-Gardinen in Brand geraten waren.

• Die Feuerküche. Gezohlen wurden: aus einer unverschlossenen Wohnung in der ul. Brodzka 1/6 (ir. Breslauerstr.) ein brauner Lederner Handkoffer, 80 × 60 cm, mit Löttengegenständen, 4 Damenhemden, 4 Paar Damenbindeleinen, 4 Unterhosen, sämtlich se eichner, S. N. 12. Taschenreißer, mehrere Kosmetikbeutige, 1 Taschenuhr und 1 Paar Socken, ferner dem Dienstmädchen 5 Frauenhemden; aus einer Wohnung schaute im Hause Nr. 32 in der selben Straße 210 zl aus der Flasche, 14 Flaschen Schnaps, Zigaretten und Zigarren im Gesamtwert von 350 zl.

s. Vom Weiter. Gestern, Sonntag, früh waren 3 Grad Kälte, heute, Montag, früh 6 Grad Kälte.

s. Koszalin, 14. März. Auf dem Gute Strumiany (ir. Steinort) verlegte ein wildgewordener Bulle den Viehhüter Piechanski so schwer, daß er bald darauf starb.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Montag, den 16. März.

Berlin, 505 Meter. Vorm. Nachrichten, nachm. 4.30–6 Uhr Unterhaltungsmusik. 7.30 abends Sendespieldüne "Die Zauberflöte".

Bremen, 418 Meter. Vorm. Nachrichten. Nachm. 5–6 Uhr Unterhaltungsmusik. 8.30 abends Solistenabend (Bach, Reger, Schumann, Liszt).

Königsberg, 463 Meter. Vorm. Nachrichten. Nachm. 4.30 bis 6 Uhr Unterhaltungsmusik. 7–10 "Deutsche Geschichte im deutschen Gedichte".

Leipzig, 454 Meter. 4.30–6 Uhr nachm. Konzert der Hauskapelle, 8.15 abends Konzert (Schubert-Lieder, Loeve-Balladen), Recitationen aus eigenen Dichtungen (Johannes Cotta).

Nürnberg, 426 Meter. Abends 8.30 Uhr Konzert.

Wien, 580 Meter. 5.10–6 Uhr Nachmittagskonzert, 8.30 Uhr abends "Wolkenstein-Lager".

Büdapest, 515 Meter. Abends 8.30 Uhr Konzert-Abend.

Rundfunkprogramm für Dienstag, den 17. März.

Berlin, 505 Meter. Vorm. Nachrichten, nachm. 4.30–6 Uhr Unterhaltungsmusik, abends 8.30 Uhr Konzert (Mozart, Halevy, Thoinot, Schubert, Schumann).

Breslau, 418 Meter. Vorm. Nachrichten, abends 8.30 Uhr Konzert-Abend.

Königsberg, 463 Meter. Nachm. 5.15–6 Uhr Unterhaltungskonzert, 8–9 Uhr abends Kammermusikabend.

Die Danziger Fragen vor dem Genser Tribunal.

Unklare Entscheidungen. — Ein weiterer Schwebzustand. — Widersprechende Meldungen.

Der "Danziger Kurier" sah die in Genf gefallten Entscheidungen folgendermaßen zusammen:

"Der Briefkastenkonsult an den internationalen Gerichtshof zur Entscheidung bis spätestens 10. Mai überwiesen. Ausdrückliche Feststellung des Völkerbundsrates, daß die Entscheidungen des Hohen Kommissars in Danzig-polnischen Streitfragen im Falle einer „direkten Aktion“ zu respektieren sind. Rüge des Rechtsberaters Quinones de Leon über die von Polen ohne vorherige Verständigung mit den Danziger Behörden und ohne Inkognitierung des Hohen Kommissars unternommene Aktion. Überst. de Reynier bleibt bis zur kommenden Ernennung eines Hafendienstes in seiner Stellung. Indirekte Anerkennung der Freien Stadt Danzig als eines Staates im internationalen Sinne. Ratsbeschluß über ausdrückliche Ratifizierung des Danzig-polnischen Tarifvertrages vom 22. Juli 1922 durch Polen. Polen hat kein Recht auf eine Eisenbahndirektion in Danzig, die Linien außerhalb der Freien Stadt verwaltet. Trennung von Stadt und Hafenpolizei für die nächsten zwei Jahre. Keine polnischen Ausfuhrzölle für Danziger Erzeugnisse; Sicherstellung des Transithafers in Danzig. Keine Unterungen der Zollbestimmungen durch Polen ohne Anhörung Danzigs."

Nach einer "Pat"-Meldung, deren wesentlichen Inhalt wir schon am Sonnabend brachten, sieht die Entscheidung etwas anders aus. Zwecks Gegenüberstellung wiederholen wir die Meldung für einen Teil:

"Bis zur Zeit der Herausgabe einer endgültigen Entscheidung durch den Völkerbundsrat bleiben die polnischen Briefstädte an Ort und Stelle, und der Postverkehr wird ungehindert vor sich gehen. Im weiteren Verlauf der Sitzung, wo Polen durch den Minister Straßburger vertreten wurde, beschloß der Rat: 1. einen neuen Präsidenten des Hafendienstes zu ernennen; bis zur Übernahme der Amtsgeschäfte durch denselben wurde beschlossen, daß Mandat de Reyniers zu verlängern; 2. das Gutachten der Juristen in Sachen der Eisenbahndirektion zur Kenntnis zu nehmen und den Parteien Verhandlungen über ihre Belassung in Danzig, ferner 3. eine Teilung des Weichsel-Führerats zwischen Polen und dem Hafendienst zu empfehlen; 4. in Sachen der Hafenpolizei die Vorschläge des Vorsitzenden des Hafendienstes zu bestätigen und der Schaffung eines besonderen Polizeikorps mit weiß-rotem Abzeichen und eines polnischen Verbindungsoffiziers; 5. die Inkognitierung des Hohen Kommissars in Sachen der Verteilung von Eigentum von öffentlich-rechtlichen Institutionen zu erläutern, und 6. den Appell Danzigs gegen die Entscheidung des Hohen Kommissars über die Unterwerfung der Freistadt unter die polnische Zollgesetzgebung abzulehnen."

Die Behandlung der Danziger Fragen vom dem Völkerbundsrat begann am Freitag um 1/4 Uhr nachmittags. Der Rat war vollzählig versammelt und als Vertreter des polnischen Staates der Außenminister Strzyski, als Vertreter Danzigs Senatspräsident Scham sowie der Völkerbundskommissar Mac Donell anwesend.

Der spanische Vertreter des Völkerbundsrates, Quinones de Leon erbatte zunächst den Bericht über die Vorgänge. Er wies auf die Tatsache hin, daß das Danziger Problem sowohl von polnischer, von Danziger wie auch von Seiten des Völkerbundskommissars angeschnitten worden sei. Er erinnerte daran, daß bereits im Jahre 1923 in einem Gutachten des Rates darauf hingewiesen worden wäre, daß der Völkerbund Polens Wunsch, einen freien Zugang zum Meer, über die Freie Stadt Danzig erhalten, wohl beacht und daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten zum Wohle Danzigs und Polens unabdinglich sei.

Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit würde aber nur möglich sein, wenn eine geistige Annäherung zwischen Danzig und Polen stattfinde. Gerade das sei aber leider nicht der Fall gewesen. Die Beziehungen hätten sich sogar noch verschlechtert. Es sei zu den bekannten Differenzen gekommen, und von einer Seite sei eine "action directe" unternommen worden, die schwere Störungen hervorgerufen habe.

Dort nahm der polnische Minister Strzyski das Wort und interpretierte den Begriff "action directe"; er bemühte sich, nachzuweisen, daß Polen keinesfalls die ihm vertraglich ausgescherten Rechte überschritten und sich keines Übergriffs schuldig gemacht habe.

Darauf ergriff Senatspräsident Scham das Wort und sagte u. a. folgendes: "Die Ausführungen des polnischen Vertreters

nötigen mich zu einer kurzen Erwiderung. Strzyski hat darauf hingewiesen, daß Danzig sich im wirtschaftlichen Aufschwung dank Polens befindet. Ich glaube, daß es sich hier um einen Irrtum handelt; denn es ist eine bedenkliche Tatsache, daß bei einer Bevölkerung von wenig über 350 000 über 10 000 Arbeitslose sich in Danzig befinden, deren Zahl ständig zunimmt. Diese Arbeitslosigkeit ist zum größten Teil zurückzuführen auf eine "action directe" seitens Polens, die wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorruft und auf die ich an anderer Stelle noch näher eingehen will. Auch ich will eine Definition des Begriffes "action directe" geben. Ich erwähne darin Maßnahmen, durch die entgegen rechtsgültigen Verträgen und gefallten Entscheidungen eine Partei versucht, durch Zwangsmaßnahmen, insbesondere auch wirtschaftlicher Natur, der anderen Partei ihren Willen aufzuzwingen. Wir begrüßen es daher ganz besonders, daß der Völkerbundskommissar die Vollmacht erhalten hat, jeder derartigen "action directe" sofort entgegenzutreten. Danzig hat das größte Interesse daran, daß die Autorität des Völkerbundes nicht gefährdet wird. Eine Annäherung zwischen Danzig und Polen, die auch wir durchaus erstreben, wird dann möglich sein, wenn von beiden Seiten rechtsgültige Entscheidungen des Völkerbundskommissars geachtet werden."

Die weiteren Verhandlungen befassten sich dann mit dem Briefkastenkonsult zwischen Danzig und Polen. Hierzu bemerkte der Bericht des W.T.B., daß diese Frage eine heftige Diskussion in der Presse hervorgerufen und damit eine gewisse politische Bedeutung angenommen hat. Unter diesen Umständen sei es notwendig, daß von beiden Parteien ein Maximum von Garantien dafür gegeben werde, daß alle Ansichten in dieser Frage zu voller Würdigung kommen. Deswegen schlägt er dem Völkerbund vor, daß die Angelegenheit dem Internationalen Gerichtshof zur Erfüllung eines breiten Gutachtens übergeben werde. Quinones de Leon betrachtet es in diesem Bericht, wie er sagt, als seine Pflicht, zu erklären, daß die von Polen unternommene Aktion, die ohne eine vorherige Verständigung mit den Behörden der Freien Stadt Danzig und ohne vorherige Inkognitierung des Oberkommissars des Völkerbundes erfolgt sei, zu kritischen Beurteilungen Anlaß geben könnte, und daß der Rat die Möglichkeit prüfen könne, von Polen zu verlangen, den Briefkastendienst bis zur endgültigen Lösung der Angelegenheit zu unterbrechen. Mello-France hat in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerbundes bereits darauf hingewiesen, daß er hoffe, daß die Regierung der Freien Stadt Danzig und die polnische Regierung die Entscheidungen des Völkerbundes akzeptieren werden, ohne irgend eine direkte Aktion zu unternehmen. Diese Bemerkung müsse heute nach der Verweisung der Frage an den Internationalen Gerichtshof gemacht werden. Der Rat hat das Vertrauen, daß die Verlängerung des gegenseitigen Zustandes keine weiteren Zwischenfälle hervorrufen werde und daß in Zukunft unter allen Umständen Polen sowohl als auch die Freie Stadt Danzig jede Aktion unterlassen werden, die den Oberkommissar des Völkerbundes und den Völkerbundsrat noch einmal vor vollzogene Tatsachen stellen werden."

In der folgenden Diskussion betonte der Außenminister Strzyski, daß Polen auf seinem Standpunkt stehen bleibe, im Danziger Hafen einen Postdienst einzurichten. Er suchte seine Ansichten durch Zitate aus dem Vertrag von Versailles und der Pariser Konvention zu rechtfertigen.

Darauf setzte wieder Senatspräsident Scham den Danziger Standpunkt auseinander; er betonte, daß seine Meinung nach noch nie eine Rechtslage so klar gewesen sei wie in diesem Falle die Rechtslage für Danzig. Er verzichtete deshalb auf ihre ausführliche Darstellung.

Mit einer Resolution Quinones de Leon wurde die Verhandlung abgebrochen und die ganze Angelegenheit an den Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zwecks weiterer Klärung der Rechtslage verwiesen.

Es kamen dann noch die Fragen des Danzig-polnischen Tarifvertrages, die Angelegenheit der polnischen Eisenbahn in Danzig und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen zur Verhandlung. Die Entscheidungen darüber sind, wie wir eingangs sagten, Zwischenentscheidungen und harren noch der endgültigen Lösung.

für die vorliegende Präsidentschaftswahl schlägt der Reichslandbund seinen Mitgliedern vor, für die nationale Sammelkandidatur des Herrn Dr. Jarres einzutreten.

Hitler an der Arbeit.

München, 14. März. Hitler betreibt eifrig seine Propagandaarbeit wieder und ist auf eine Einladung hin in einer Sitzung des völkischen Blodes erschienen, wo er über seine Grundsätze und die der völkischen Bewegung sprach. Er hofft seine Bewegung in absehbarer Zeit wieder stark und mächtig zu machen.

Starke Schneefälle in Süddeutschland.

Nachdem seit 48 Stunden im gesamten Schwarzwald andauernd Schnee fällt, hat nunmehr die Schneedecke in den Gebirgslagen den weitauß größten Stand dieses Winters erreicht. Bis zu den Tälern herab besteht eine gute S- und Schlittbahn. Die Gebirgsstämme vom Feldberg bis zum Belchen weisen 120—140 Centimeter Schneemächtigkeit auf, der Gebirgskanal des Nordschwarzwalds über Dreiviertel Meter. Der Frost hat sich leicht Nacht bis 11 Grad gesteigert. Die Gebirgsstraßen sind in den oberen Teilen völlig verrostet und zugeschneit, so daß allgemein Bahnschlitten zur Aufrechterhaltung des Verkehrs eingesetzt werden müssen. Die Schneewächten an den Gebirgsnordseen sind 5—6 Meter tief.

Trier, 14. März. Seit gestern vormittag herrscht in der Eifel und im Hochwald ein Unwetter, wie man es den ganzen Winter hindurch nicht erlebt hat. Es schneit in solchen Mengen, daß sehr bald, da es leicht gefroren war, der Schnee überall tief lag. Dabei herrsche ein orkanartiger Sturm, der den Schnee zusammengeweht und ein Herkommen der Wagen verhindert. Sturm und Schnee haben an Häusern, Bäumen und Telegraphenmasten bereits Schaden angerichtet. Der Schneefall hält noch ununterbrochen an.

Frau von Oheimb aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden.

Hierzu schreibt die Deutsche Volkspartei aus Berlin: Zu der Meldung über das Schreiben von Frau von Oheimb an Dr. Stresemann wird von der Deutschen Volkspartei parteiamtlich folgendes erklärt: Frau von Oheimb versucht vergeblich, ihrem Schritt die Deutung der Freiwilligkeit zu geben. Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei trat am 12. März zusammen. Am Tag ein vom 11. März datierter Besuch des Wahlkreisverbandes Berlin der Deutschen Volkspartei vor, durch den der Ausschuss der Frau von Oheimb aus der Partei beantragt wurde. Der Parteiausschuss trat diesem Antrag einstimmig bei und ersuchte den Parteivorstand, das Erforderliche jedoch wie möglich gegen Frau von Oheimb einzuleiten.

Wahlen in Riga.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Riga haben folgendes Ergebnis gebracht: Linke Leute 38 Sitze, Bürgerliche Leute 25 Sitze, Minderheiten 26, darunter 15 deutsche Sitze. Die Deutschen hatten bisher in der Stadtverordnetenversammlung 18

Sitze. Der Verlust von drei Sitzen erklärt sich durch die inzwischen erfolgte starke lettische Einwanderung aus dem Osten. Die Wahlbeteiligung der Deutschen betrug 120 Prozent, wovon die 20 Prozent auf lettische Stimmen für die deutsche Liste entfallen.

Aus anderen Ländern.

Außergewöhnlicher Winter in Island.

Kopenhagen, 15. März. Nach Meldungen aus Reykjavík ist der Winter in den isländischen Gewässern in diesen Monaten ungewöhnlich schwer. Die einheimische Fischerflotte hat schwere Verluste, 78 Fischer sind bis jetzt ertrunken gemeldet. Drei große Frachtdampfer und zwölf Trawler (Dampfschiffe mit Schleppnetz) und zahlreiche Motorboote sind untergegangen. Von diesen Trawlern sind sechs deutscher Herkunft, darunter die "Emden", "Haarmeyer" und "Wilhelm Irgens". Ein isländisches Fachblatt berichtet die gesamten materiellen Verluste auf 44 Millionen Kronen. Dänemark und England haben Marinefahrzeuge zur Suche und Bergungsfähigkeit beordert.

Amerikas Anleihen.

Neu York 14. März. (D. A. Z.) Die auswärtigen Anleihen, die dem amerikanischen Publikum im Februar angeboten wurden, erreichten einen Betrag von 162,5 Millionen Dollar gegen 59,6 Millionen im Januar. Von den Anleihen waren 49 Millionen kanadisch, 77,5 Millionen europäische und 25 Millionen südamerikanische Umlaufs. Die "Brook Hypothekenanleihe" der Pittsburgh, Cincinnati, Chicago- und St. Louis-Eisenbahnen war innerhalb einer Stunde gezeichnet. Sie geht über einen Betrag von 26 Millionen, fällt im Jahre 1975 und wurde zu einem Kurs von 99 Prozent ausgelegt.

Schneestürme im Frankreich.

In Frankreich hat ein Wettersturm stattgefunden. In Paris zeigte das Thermometer 5 Grad unter Null, in Meg 12 Grad unter Null, in der Auvergne minus 25 Grad. Die Gebirgswege sind verschneit.

Wie aus Tanger berichtet wird, wütet seit drei Tagen in der Meeresenge von Gibraltar ein heftiger Sturm, so daß alle Verbindungen mit Europa unterbrochen sind. Wie aus Marseille gemeldet wird, zog während der Nacht an der französischen Mittimeerküste ein orkanartiger Sturm auf, der es den Schiffen unmöglich machte, einzufahren.

Zum Tode Sunjatsens.

Aus Peking kommt die Nachricht, daß Sunjatsen bis zum Tode seine Befriedigung behielt. Noch auf dem Totenbett unterzeichnete er wichtige Schriftdokumente und händigte geheime Dokumente an die Führer der Kuomintangspartei aus, die seine letzten Anweisungen für künftige politische Handlungen enthalten. In seinem letzten Willen sprach er den Wunsch aus, daß seine Leiche eingesalzt werde, und zwar sollte dies in ähnlicher Weise wie mit Lenins Leiche geschehen. Als dann sollte die Leiche in Nanking beigesetzt werden. Diesem Wunsch entsprechend soll die Leiche an das Rockefeller-Institut gesandt werden, um dort eingesalzt zu werden.

In kurzen Worten.

Wie die Tel.-Union erfährt, hat Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichsblock ein Telegramm gesandt, in dem er bittet, seine Unterschrift unter den Aufruf für Dr. Jarres zu setzen. Der Generalfeldmarschall fügt hinzu, daß er dadurch eine Zersplitterung der bürgerlichen Kandidaturen zu vermeiden hoffe.

*
Die beiden großen Wasserflugzeuge, welche in Marina di Pisa für den Nordpolstug Amundsen gebaut wurden, sind auf den norwegischen Dampfer "Vaga" verladen worden. Amundsen begleitet, der dem Bau der Wasserflugzeuge beigebracht hat, erklärt in der italienischen Presse, daß auf Grund der Konstruktion das Gelingen des Unternehmens sicher wäre.

Wie das Belgrader Außenministerium mitteilt, ist die Konferenz der kleinen Entente auf Wunsch der jugoslawischen Regierung aufgeschoben, da Südosteuropa durch die innerpolitischen Vorgänge in Anspruch genommen wird.

*
Der Budapester Strafgerichtshof verhandelte gegen Andreas Karagoz und Solymos, welche beschuldigt werden, in Paris 1921 die Läuferin Dorothy mit Chloroform betäubt und ausgeraubt, ferner in Berlin, Dresden, München und anderen Städten Deutschlands Diebstähle und Schwindelteile begangen zu haben. Beide Angeklagte wurden zu je 15 Monaten Kerker verurteilt, welche Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurde.

*
Infolge kommunistischer Värmärschen wurden in der gestrigen Sitzung des Wahlkreis-Vandtages drei kommunistische Abgeordnete ausgeschlossen.

*
Ein Lastauto der Kieselfuhrgesellschaft stieß, nach einer Blättermeldung, in Mueden a. d. Orke mit dem Bogen Wünster-Bedendorf zusammen. Die auf dem Führersitz befindlichen beiden Personen wurden sofort getötet, während ein mitfahrender Arbeiter schwer verletzt wurde. Die Schuld an dem Unglück dürfte allem Anschein nach den Führer des Lastkraftwagens treffen.

Letzte Meldungen.

Die Warschauer Grenzrevolutionskundgebung.

Die "Agencia Wschodnia" meldet aus Warschau: Die Sonntagskundgebung gegen die deutschen Ansprüche auf Revision der deutsch-polnischen Grenzen nahm einen imponierenden Verlauf und fand in musterhafter Ordnung statt.

Eine Pilzabschiefer.

In Warschau fand am Sonntag eine Pilzabschiefer statt, an der u. a. der frühere Ministerpräsident Artur Słowiński, die Abgeordnete Barlicki, Aunus und Kubiszinski sowie der Senator Bimanowski, der den Vorsitz der Feier führte, teilnahmen.

Litwinow gegen Tschitscherin.

Der "Rzeczpospolita" wird aus Paris gemeldet: Aus Moskau kommt die Nachricht, daß an Stelle Tschitscherins Litwinow als Landeskommisar werden soll.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Szczerba; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage "Die Zeit im Bild": Robert Szczerba; für den Anzeigenteil: M. Grunbaum — Verlag: "Poznańer Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. sämtlich in Poznań.

MITTEILUNG.

Poznań, 16. März 1925.

5 PERSONEN

können die Aufmerksamkeit des Zuschauers fesseln und ihn zum Entzücken zwingen. Die Schönheit der Poesie, der Duft der wunderschönsten Blumen — das ist das Werk des Ernest Lubitz unter dem Titel: „Die raffinierte Versucherin“ — täglich 4½ - 6½ - 8½ nur bis Donnerstag, den 19. 3., im KINO APOLLO.

Die Direktion



Spezielle Textilwaren - Abteilung

POZNAN, Kantaka nr. 1.
Telefon 1128.

Saison Frühjahr-Sommer 1925

Vom 12. bis 20. März

Modell-Ausstellung

sowie solchereigener Kombination. Kostüme, Mäntel, Kleider. Fertige Original Wiener Herren-Paletots.

Großsortiertes Lager in- und ausländischer Herren- und Damenstoffe in nur erstklassigen Qualitäten und modernsten Dessins.

Eleganteste Damen-
u. Herren-Schniderei

Paris u. Wiener Original-Modelle

Statt Karten.

Käte Kirscht

Fritz Teichmann

Verlobte

Wrzesnia

Bierzlin



Am 15. März d. Jg. entschlief sanft nach schwerem Langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Justine Dreger

geb. Schulz

im Alter von 64 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Wilhelm Dreger.

Tein (Kr. Obořniki), den 16. März 1925.

Hackmaschinen

System „Woolnough“
(wie von Dehne gebaut)

für Getreide und Rüben

Li fert bei rech zeitiger Bestellung in allen Preisen — desgl. Hackmesser

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfssachen,
Feste und Dic.

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

Verkaufe mein
Erwerbsrittergut,

Mittelältesten, 1470 Morg., 1000 Ader,
340 Wald, Rest Wiesen, Nähe Lahn, meist
verfügbar. — Herren, welche über eine Mindest-
anzahlung von 150000 Mark nachweisbar
verfügen, wollen sich melden unter B. N. 4463
an Rudolf Mosse, Breslau.

Goldgrube!

Fischgroßhandlung in Breslau
mit Wohnung ohne Tausch, zwei Gespanne,
Lieferauto, großer Umsatz, verläuft wegen
dauernder Krankheit der Frau.

Sehr gesuchte Kunden mit mindestens
150000 vor melde sich unter B. K. 724
an Rudolf Mosse, Breslau.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nachmittag 5 Uhr entschlief sanft im 63. Lebens-
jahr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater
und Großvater

Ernst von Beyme

Herr aus Komorniki und Rauschendorf.

Rauschendorf b. Gransee, den 12. März 1925.

Mathilde v. Beyme, geb. Bodeker
Walther v. Beyme
Hilde Freifrau v. Uslar-Gleichen, geb. v. Beyme
Ernst-Hermann v. Beyme
Ilse-Leni v. Beyme, geb. v. Zimmerman
Hermann Freiherr v. Uslar-Gleichen
und 4 Eulellinder.

Die Beisetzung fand am Montag, dem 16. März, 2.30 Uhr
nachm. in Rauschendorf statt.



Heute, Sonntag, den 15. März, früh 8½ Uhr entschlief
unserer an Herzschlag mein lieber Mann, unser treusorgender
Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel,

der Gutsbesitzer

Rudolf Langner

im 63. Lebensjahr.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Amalie Langner,
geb. Kropke, nebst Kindern.

Piastki (Sandberg), Danzig, Breslau, Magdeburg, Nakonowice,
Rydzin, Gostyn, den 15. März 1925.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 19. März,
nachm. 4 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Stellenangebote

Suche für meine 200 Morg.
große Landwirtschaft

einen jüngeren

Landwirt

zu meiner Unterstaltung, vom
1. 4. 1925. Monatlich 25
Rienmark u. Familienanschl.

Schriftliche Meldungen an
Knopsmeyer, Kötzig,
Kreis Arnswalde N. M.
Post u. Bahn Marienwalde.

Wirtschafts-Oberinspektor,

35 Jahre alt, m. höherer Schule, theoretisch u. praktisch tüchtig,
auf renom. Gütern Deutschl. u. Großpolens tätig gewesen, ge-
genw. selbst. Leiter grös. Bequierung, erfahrene in Bü-
ro- u. Samen-Anbau, betannter Pferde- u. Vieh-Züchter,
sucht, gestützt auf la. Zeugnisse u. vro. Empfehlg., v. 1. 7. 25
ab. 1. 1. 26 entsprechende Stellung. Bin selber Landesfür-
st in Wirt u. Scheit möglich u. im Verkehr in t. d. Behörden ver-
trant. Gefl. Angeb. u. M. B. 4576 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Wir suchen zum 1. April d. Jg. für unsere Eisengroß-
handlung einen

Lehrling

mit nur guter Schulbildung, beider Landessprachen tüchtig.
Zunächst schriftliche Meldungen mit Lebenslauf an
Breiter & Schöning,
Poznań, ul. Szewcza 8.

Reisevertreter

für Wojewodschaft Poznań und Ober Schlesien
ge sucht. Es kommen nur erstklassig eingeführte
und leistungsfähige mit guten Zeugnissen ver-
schene Herren in Frage.

Wytwornia Win Owocowych Frank-Runowo, Krajinskie

Telphon W echo 1121 u. 21.

Leistungsfähige Fabrik von Badearbeiten, Zootjahr-
waren, Fensterleder, Schwämme sucht

Betreter

gegen höchste Provision. Offerten von nur eingeführten
Herren unter Nr. 2639 an die Annونcenexpedition „Par“,
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11.

VESTA Towarzystwo Uzależnionych Ubezpieczeń od Ognia i Gradołicia w Poznaniu

(Feuer- und Hagelversicherungsgesellschaft
sucht für die Hagel-Abteilung f. die Kampagne 1925

fähige Agenten

für folgende Kreise: Gniezno, Grodzisk,
Kościan, Leszno, Miedzychód, Oborniki, Poznań, Śmigiel, Śrem, Środa,
Szamotuły, Wolsztyn, Wrzesnia, Nowy Tomyśl. Schriftliche Offerten mit ausführlichem Lebenslauf sind zu richten an:

Oddział Grudowy „VESTA“ w Poznaniu

ul. Fr. Ratajczaka 36.

Dienstmädchen

ehrlich, die Gartenarbeit
mit in ht in Dauerstellung ab
1. April oder später gesucht.

C. Hantke, Zementwarenfabrik Czarnków.

Empfohlene Weiznährerin,
für neue Wäsche, sofort gesucht.
Angeb. u. M. 4585 an die
Geschäftsst. d. Bl. erbten.

Täglicher Männer,
beider Landesspr. möglich sucht
sofort oder 1. 4. ds. J. in
größeres Mühle als

Walzenführer

ob. in H. Mühle als Selbständ.
Stellung. Gute Zeugnisse vorh.
Angeb. u. L. 4538 an die
Geschäftsst. d. Bl. erbten.

Bahnärztin sucht Stellung als
Wissenschaftlerin.

Meld. u. L. 4585 an d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbten.

Junges Mädchen,
18 Jahre alt, mit Reisezeug-
nis des Lyzeums und
Handelskursus nicht passende
Beschäftigung im Büro
oder Hausstaate.

Off. bitte zu richten unter
3. 4497 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Friseuse

sucht Monatskunden in und
ausser dem Hause. Angeb.
unter 4524 an die Geschäfts-
stelle d. Bl. erbten.

Ein in Handelskraft und
Geschäft erahnetes Fräulein,
10 Jahre sucht folglich als

Wirtschaftsleiterin
oder sonstige bess. Stellung in
einem mosätz. Hause. Angeb.
u. 4526 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Junges Mädchen, deutsch-
fath. 19 Jahre alt, sucht Auf-
nahme als

Hausstochter
in bess. Familie z. Unterstüzung, der
Haustfrau. Gefl. Angeb. unter
M. Sch. 4539 an die Ge-
schäftsst. d. Bl. erbten.